

# NETZ-Info

2021/1



„Global denken –  
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern  
für Gerechtigkeit, Frieden  
und Bewahrung der Schöpfung

<b>INHALT</b>	Seite		
Infobrief	3	Nachricht von der Sea-Watch	18
Schwere Entscheidung – HHW	4	Ausweg aus der Flüchtlingsfalle.	19
Hungerzahlen – FIAN	5	Das ist nicht mein Europa	20
<b>Schöpfung</b>		Menschenrechtstribunal	20
Das Klima – Adolf Cäsperlein	6	Noch ein Schiff	21
Recht auf Nahrung - FIAN	8	Schuldenerlass	22
Sieben schwarze Jahre – HHW	9	Gegen Veranstaltungsverbote	23
<b>Frieden</b>		Doppelter Schaden	24
Stellungnahme des Großimams	10	Bischöfe fordern Lieferkettenges.	25
Sturmgewehre in Kinderhänden	10	Blockade des Lieferkettenges.	26
Der Waffenmarkt wächst	11	<b>Ökumene</b>	
Was Politikern wichtig ist	11	Ökumenische Nachrichten	27
„Märchenstunde“	13	<b>Aus unserem Verein</b>	28
Kirchl. Stimmen gegen Atomw	15	Konsequenzen aus dem Glauben	29
Atomwaffen geächtet	16	Appell an die SPD	30
<b>Gerechtigkeit</b>		<b>Buchempfehlungen</b>	31
Armutquote	17	Letzte Seite	32

### **TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.**

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: [www.oekumenisches-netz-bayern.de](http://www.oekumenisches-netz-bayern.de) oder kurz: [www.oenb.de](http://www.oenb.de)

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

### **Ständiger Ausschuss (STAU) (Veröffentlichung der Namensliste genehmigt)**

Bleher, Martin	Düsseldorfer Str. 13, 80804 München, 089/395395 E-Mail: <a href="mailto:Martin.Bleher@t-online.de">Martin.Bleher@t-online.de</a>
Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumelstr. 51, 82178 Puchheim, 089/803729 E-Mail: <a href="mailto:adolf.caesperlein@chmela.de">adolf.caesperlein@chmela.de</a>
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email <a href="mailto:queensgarden@t-online.de">queensgarden@t-online.de</a>
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: <a href="mailto:elisabeth-gollwitzer@web.de">elisabeth-gollwitzer@web.de</a>
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 E-Mail: <a href="mailto:kappusm@aol.com">kappusm@aol.com</a>
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: <a href="mailto:onoggler@gmx.de">onoggler@gmx.de</a>
Olberz, Marlies	Josef-Lang-Str. 1, 81245 München, 089/82071284 E-Mail: <a href="mailto:mmolberz@web.de">mmolberz@web.de</a>
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073744, E-Mail: <a href="mailto:ott.sybille@kda-bayern.de">ott.sybille@kda-bayern.de</a>
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: <a href="mailto:b-hj.schmid@web.de">b-hj.schmid@web.de</a>
Schneeweiß, Gudrun	Untere Dorfstraße 36 c, 82269 Geltendorf, 08193/999911 E-Mail: <a href="mailto:gudrun@schneeweiss-net.de">gudrun@schneeweiss-net.de</a>
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: <a href="mailto:josef.stahl@web.de">josef.stahl@web.de</a>
von Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck 0175 6633373, E-Mail: <a href="mailto:christian-sayn.2010@googlmail.com">christian-sayn.2010@googlmail.com</a>
Willberg, Hans Harald	Senioren-Residenz am Steiner Schloss, Rednitzstr. 70, 90449 Nürnberg (Tel. noch unbekannt), <a href="mailto:haha.willberg@t-online.de">haha.willberg@t-online.de</a>

## **IMPRESSUM:**

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint mehrmals im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann; Druck: Scharf – Druck und mehr, Burgthann; Versand: H. H. Willberg, Email: [haha.willberg@t-online.de](mailto:haha.willberg@t-online.de)

Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer**, [czechbauer@web.de](mailto:czechbauer@web.de),  
**Tel: 08821-2998**

## **Infobrief**

Liebe Leserinnen und Leser dieses Infoheftes, eigenartige Verwirrungen ziehen durch die Straßen unserer Städte: „Querdenker“ sind da unterwegs, aber quer Denken hat doch was mit Denken zu tun, dachte ich immer. Mir gefällt das nämlich, ab und zu mal ausscheren aus den geradlinigen Denkwegen und alles mal quer, von der Seite her anzuschauen. Das mag nachdenklich machen.

Aber wenn ich dann sehe, dass sich einige von denen, die heftig gegen die Maßnahmen der Regierung gegen die Corona-Pandemie protestieren, sich öffentlich mit den jungen Leuten identifizieren, die gegen die Herrschaft der Nationalsozialisten Flugblätter verteilten und dafür hingerichtet wurden, dann frage ich schon: Wo bleibt da das Denken? Was ist mit Euch los, dass euer „Querdenken“ zu dieser Konsequenz führt? Denkt doch mal nach, möchte man denen auf der Straße zurufen. Denkt doch mal nach, was ihr da tut! Sind denn die Corona-Anordnungen unserer Regierung auch nur im Allerentferntesten vergleichbar mit den verbrecherischen Anordnungen der Nazis? Und ja, wenn ihr das Bedürfnis habt, bemitleidet zu werden, dann doch bitte nicht mit solch einem Vergleich!

Wir verstehen unsere Infohefte als Anregungen zum Nachdenken, ja, auch zum Querdenken. Nicht zum Nachplappern irgendwelcher Parolen. Sondern zum Innehalten und Nachdenken.

Im Augenblick ziehen durch die USA und durch Deutschland die verrücktesten Lügengeschichten. Einer der Beiträge in diesem Heft befasst sich damit. Und überall in der Welt wird den Flüchtlingen unterstellt, sie seien unterwegs, weil sie einem Traum vom „besseren Leben“ folgten. Wieviel Elend, Not und Gewalt dazu gehört, sich zu so einem Schritt ins Ungeheure aufzumachen – davon könnten wir Alten berichten, die vor 75 Jahren auch alles stehen und liegen lassen und in ein fremdes Land ziehen mussten.

Wir wünschen unseren Lesern alles Gute, ganz besonders gute Gesundheit!

Hans Harald Willberg mit Hans-Jörg Schmid und Sepp Stahl

## **Weihnachtlicher Nachhall**

„Das wirkliche Weihnachten ist in diesen Zeiten dann,  
wenn Flüchtlinge aufgenommen werden.

Das wirkliche Weihnachten ist dann,  
wenn Flüchtlingskinder wieder sprechen, spielen und essen.

Das wirkliche Weihnachten ist dann,  
wenn Der Retter wirklich kommt –  
und er nicht nur im Weihnachtslied besungen wird.“

Heribert Prantl, SZ, 22.12.2019

## Schwere Entscheidung

Hoffentlich kommt es nicht so weit. Aber wenn die Corona-Zahlen weiter steigen, kann der Fall eintreten, dass die Pflegerinnen und Pfleger nicht mehr ausreichen, um alle Patienten zu behandeln. Nicht das Fehlen der Beatmungsgeräte sei das Problem, sondern das Fehlen der Fachkräfte in der Pflege. Das heißt: Es müssen Infizierte abgewiesen werden. Über die Frage, wer so eine Entscheidung treffen soll, wird zur Zeit intensiv nachgedacht.

Der bekannte Virologe Drosten schildert einen solchen Fall: „Wir haben dann auf der Intensivstation einen Patienten mit Covid-19, der ist alt, und der liegt da seit einer Woche, und der hat eine Überlebenschance von 30 oder 50 Prozent. Vielleicht auch 60.“ Und dann kommt ein Patient, 35 Jahre alt, Vater von drei kleinen Kindern; infiziert von derselben Krankheit, mit schwerem Verlauf. „Und wenn Sie den nicht jetzt an ein Beatmungsgerät anschließen, dann ist der übermorgen tot – und das wissen Sie als Intensivmediziner. Was machen Sie?“ Einen alten Patienten „abmachen“? – Schwere Entscheidung!

Bisher gilt die Regelung, dass die behandelnden Ärzte allein entscheiden, wer behandelt wird und wer nicht. Aber dagegen regt sich Widerstand: Der Bundestag soll sich damit befassen, heißt es. Aber auch das ist umstritten. Wie also umgehen mit dieser äußerst heiklen ethischen Frage? Es gibt Leitlinien für Krisen durch Knappheit, festgelegt zum Beispiel in einer Empfehlung der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin. Die Ärzte sollen demnach identifizieren, wer trotz bester medizinischer Behandlung mit hoher Wahrscheinlichkeit sterben würde. Aber diese Vorgaben seien nicht verfassungsgemäß. „Da werden Leben gegeneinander aufgewogen“ sagt eine schwerbehinderte Frau, die meint: „Ich selbst würde auf keinen Fall ein Intensivbett bekommen.“ Die Bestimmungen führten dazu, dass alte oder behinderte Menschen einen schlechten Punktwert in der Abwägung erhalten. Diese Bestimmungen, so sagt eine Richterin, greifen stark in die Grundrechte ein, „sogar in das Recht auf Leben.“

Jens Spahn, der Gesundheitsminister, verlässt sich da lieber auf den Ethikrat. Dieser macht die Sache freilich nicht unbedingt

einfacher: Wenn es um Leben und Tod geht, ist nichts einfach und soll auch nichts einfach sein. „Jedes menschliche Leben genießt den gleichen Schutz“ heißt es da. Wenn Ärzte eine durchdachte, begründete Gewissensentscheidung treffen, die transparenten Kriterien der Ärzteschaft folge, dann könnten sie auf die Milde des Rechtsstaates hoffen. Aber kein Mediziner könnte vorab entschuldigt werden. Auch in Katastrophenzeiten müsse der Staat die Fundamente der Rechtsordnung sichern.

Der Ethiker Dabrok fordert: „Es wäre gut, wenn der Bundestag eine Orientierungsdebatte zum Thema führen würde. Wir brauchen eine zivilgesellschaftliche Diskussion über die Frage, wie mit knappen, lebensnotwendigen Ressourcen umgegangen werden sollte.“ Eine Debatte im Parlament „würde auch verdeutlichen, wie ernst die Lage in der Pandemie derzeit ist.“ Ziel einer solchen Debatte sei nicht, ein Paragrafenwerk zu verabschieden. „Allerletzte Entscheidungen können nicht durch noch so kleinteilige Gesetze ersetzt werden.“

Dagegen fordert die Medizinethikerin Christine Woopen eine gesetzliche Regelung: „Die Situation ... ist vom Gesetzgeber nicht ausreichend geregelt“ sagt die Vorsitzende des Europäischen Ethikrats. „Da es sich um eine so wesentliche Entscheidung handelt, die das Recht auf Leben betrifft, sollte der Gesetzgeber dafür den Rahmen vorgeben, weil er nach der Verfassung eine Schutzpflicht gegenüber den Bürgern hat.“ Außerdem würden die Menschen, die eine solche Entscheidung treffen müssen, wesentlich entlastet werden. Wenn in einer Notaufnahme zwei Patienten ankommen, es dort aber nur ein Beatmungsgerät gibt, dann sei die Überlebenschance ein zulässiges Kriterium. Wenn ein Patient in eine Intensivstation kommt, die voll belegt ist, so dass kein Beatmungsgerät zur Verfügung steht, dann müsse der Neuling zurückstehen. „Jemandem trotz Aussicht auf erfolgreiche Behandlung diese wegzunehmen, halte ich ethisch für höchst problematisch“ sagt die Professorin Woopen. Wenn jemand schon beatmet werde, müsse er darauf vertrauen können, dass seine Behandlung zu Ende geführt werde.

Die Prioritäten-Regel sei eine Alternative zu solchen tragischen Entscheidungen, meint die Juristin Poser. Dabei würden Menschenleben nicht bewertet, vielmehr gelte immer die einfache Regel: Wer zuerst kommt, hat Anspruch auf das freie Beatmungsgerät. Jetzt aber sei die vordringliche Aufgabe aller Beteiligten, da-

für zu sorgen, dass es zu dieser Notlage niemals kommt.

(Vergleiche den Aufsatz „Unerträgliche Fragen, Der Spiegel Nr. 46,7.11.2020)  
HHW

Einstein soll gesagt haben: „Zwei Dinge sind unendlich, das Universum und die menschliche Dummheit, aber beim Universum bin ich mir noch nicht ganz sicher.“ (Die Zeit, 24.09.2020)

## **Welternährung: Hungerzahlen steigen das fünfte Jahr in Folge UN-Bericht: 690 Mio. Menschen leiden an chronischem Hunger / Zuwachs von 60 Mio. seit 2014**

Laut Welternährungsbericht der Welternährungsorganisation FAO ist die Zahl chronisch hungernder Menschen im vergangenen Jahr um zehn Millionen angestiegen. 144 Millionen Kinder unter fünf Jahren – mehr als 20 % – sind in ihrem Wachstum beeinträchtigt. Insgesamt zwei Milliarden Menschen sind von mittlerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Zahlen bestätigen die besorgniserregenden Trends der vergangenen fünf Jahre.

Für 2020 befürchtet die UN-Organisation einen dramatischen Anstieg der hungernden Menschen um rund 80 bis 130 Millionen Menschen. FIAN kritisiert, dass die Maßnahmen gegen die COVID-Pandemie so ausgerichtet sind, dass die industriellen Ernährungssysteme weiter gestärkt werden. Eine Dokumentation von FIAN International zeigt, dass unter anderem in Ecuador, Kolumbien, Simbabwe, Senegal, Mosambik und den USA Märkte von Kleinhändler\*innen geschlossen wurden, während Supermärkte geöffnet blieben. Dadurch wurden Ernten vernichtet, Hunderttausenden Kleinproduzent\*innen ihr Einkommen genommen und Millionen von Menschen der Zugang zu frischen und gesunden Lebensmitteln verwehrt. „Es ist eine bittere Realität, dass das Menschenrecht auf Nahrung von immer mehr Menschen verletzt wird, obwohl wir mehr als genug Nahrungsmittel produzieren“, so

Philipp Mimkes, Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation FIAN Deutschland. Die Erreichung des Ziels, den Hunger bis 2030 zu besiegen, wird mehr und mehr unrealistisch. „In Ländern des Südens werden rund zwei Drittel aller Nahrungsmittel von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern produziert. Diese werden seit Jahrzehnten in unfruchtbare und abgelegene Gebiete abgedrängt und einem unfairen globalen Wettbewerb ausgesetzt. Die Politik muss endlich umsteuern – weg von konzerndominierten Ernährungssystemen hin zu einer Politik, die die Bedürfnisse von Landwirten und hungernden Menschen ins Zentrum stellt.“

Über drei Milliarden Menschen weltweit sind zu arm, um sich gesund ernähren zu können. Zudem offenbart der Bericht einen massiven Mangel an nährstoffhaltigen Nahrungsmitteln – Gemüse und Obst –, vor allem in Afrika. „Dazu tragen Industrieländer wie Deutschland erheblich bei, oft im Tandem mit Agrarkonzernen. Sie setzen stark auf den exportorientierten Anbau von Monokulturen wie Mais, Baumwolle oder Soja. Entwicklungshilfe wird oftmals mit der Bedingung verknüpft, auf dieses Pferd zu setzen“, so Mimkes weiter. Agrarstrategien konzentrieren sich zunehmend auf sogenannte cash crops und vernachlässigen den kleinbäuerlichen Anbau traditioneller, nahrhafter Pflanzen, wie eine aktuelle Studie über die Agrar-Allianz AG-

RA in 13 afrikanischen Ländern zeigt. „Wir müssen endlich begreifen, dass Hunger kein Schicksal ist! Hunger ist meist ein Resultat von Diskriminierung und Ausgrenzung“, so Mimkes. Ein Mix aus nationalen Politiken und internationalen Abkommen privilegiert heute einseitig industrielle und konzerndominierte Ernährungssysteme: inputintensive Landwirtschaft, sehr lange Versorgungsketten, globaler Handel, Investitionsabkommen oder marktbasierter Antworten auf die Klimakrise.

Verdeutlicht wird die Situation durch die Entwicklung in Lateinamerika. Dort ist die Zahl hungernder Menschen seit 2015 um neun Millionen auf 48 Mio. angestiegen. Parallel dazu sind Anbau und Export von Agrarprodukten – insbesondere Zuckerrohr und Soja – auf ein Rekordniveau ge-

stiegen. „Mit dem engen Fokus auf Produktionssteigerungen von wenigen Agrargütern sind wir in Sachen Hungerbekämpfung auf dem Holzweg. Dies veranschaulicht das aus den Fugen geratene Ernährungssystem: eine immer geringere Zahl von Investoren und Konzernen produziert und verkauft immer mehr Agrarprodukte, die nicht für die Ernährung der Hungernen bestimmt ist“, so FIAN-Referentin Gertrud Falk. „Allzu oft wurden in den letzten Jahren Markt- und Expansionsstrategien von Agrar- und Ernährungskonzernen als Hungerbekämpfung etikettiert“, so Gertrud Falk weiter. „Und die Staaten – sowohl die Zielländer als auch die Geber von Entwicklungshilfe – haben sich auf diesen Verkaufstrick eingelassen“, so Falk.

(Quelle: FIAN-Pressemitteilung)

## Themenbereich Schöpfung

### Artenschwund

Die Hälfte der Wildbienenarten, ein Drittel aller Feldlerchen, Stare und Kiebitze und drei Viertel der Fluginsekten sind aus der Kulturlandschaft verschwunden. Forscher sind sich einig, dass die Landwirtschaft eine wichtige Ursache ist. (Die Zeit 05.11.2020)

### Das Klima

Beim Studientag des Ökumenischen Netzes Bayern am 17.10.2020 in München hielt Frau Dr. Maiken Winter einen Vortrag zum Thema „Klimawandel! Wen kümmert's?!“. In drei Schritten – Fakten, Folgen, Lösungen – stellte sie dar, wie gefährlich der Klimawandel in Gegenwart und Zukunft ist. Als Lösungsmöglichkeiten macht sie im Wesentlichen zwei Vorschläge: „das eigene Tun“ und „werde politisch aktiv – Massen bewegen“.

Die, die klimabewusst leben, machen dies seit Jahrzehnten und trotzdem steigt die Erderwärmung. Ich habe meine Produktion von CO<sub>2</sub> vom deutschen Durchschnittswert von 10 t/Jahr auf 4 t/Jahr vor 23 Jah-

ren reduziert durch eine Photovoltaikanlage, Beteiligung an 4 Windkraftanlagen, weitgehende Selbstversorgung durch Gemüse- und Obstgarten und Erledigung fast aller Tätigkeiten mit dem Fahrrad. Das reicht alles nicht, denn einem Erdenbürger stehen nur 2 t CO<sub>2</sub>/Jahr zu. Mir ist bewusst, dass ich durch klimabewusstes Leben das Klima nicht retten kann, jedoch um vor mir selbst glaubwürdig zu bleiben, muss ich es trotzdem tun.

Aber, was soll dann geschehen, um das Klima zu retten?

Der Global Marshall Plan schreibt <sup>1</sup>:

„Wenn wir die Natur nicht belasten wollen, wenn wir das Klimasystem stabilisieren

*wollen, dann ist das eigentlich ganz einfach möglich; am besten wäre, es gäbe die Menschen gar nicht, ersatzweise die Menschen wären extrem arm und die Reichen würden viel ärmer und die Armen würden nicht versuchen, reich zu werden. Das wäre ein geniales Programm, dem Klima und der Ressourcenbasis zu helfen. Nur ist dieses Programm aus der Sicht der Menschen ein sehr unattraktives.“*

Das klingt sehr menschenfeindlich. Genauer betrachtet will dies jedoch eine 48 Jahre alte Erkenntnis <sup>2</sup> zum Ausdruck bringen, dass nämlich das Klima nur zu retten ist, wenn wir das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum beenden <sup>3</sup>.

Das **Bevölkerungswachstum** ist zuallererst eine Frage der Bildung. Dies ist ein innenpolitisches Problem für die armen Länder und kann von außen nur unterstützt werden. Strukturanpassungsprogramme zu Einsparungen in der Bildungspolitik, wie sie von den Industrieländern den ärmeren Ländern verordnet wurden, waren ausgesprochen kontraproduktiv.

Beim **Wirtschaftswachstum** sind vor allem die Industrieländer gefragt. Es gibt auf unserer Erde nur drei Phänomene, die nach dem Prinzip des exponentiellen Wachstums arbeiten: Der Krebs, die Atombombe und unser Wirtschaftssystem. Deshalb sagte Kenneth Boulding: „Wer glaubt, in einem physikalisch begrenzten System für immer wachsen zu können, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom.“<sup>4</sup> Der Antrieb für dieses immerwährende Wachstum ist unser Finanzsystem. Es ist die institutionalisierte Habgier. „Denn die Wurzel allen Übels ist die Habgier.“<sup>5</sup>

Wie wenig unserer Regierung das Problem des Wirtschaftswachstums bewusst ist, zeigen die Fördermaßnahmen wegen Corona. Es wird alles gefördert: von den Sportartikeln angefangen über die SUVs bis zur Luftfahrt ohne irgendwelche Auflagen hinsichtlich Klima. Es muss alles wieder werden wie vor Corona.

Will man das Phänomen des Wirtschaftswachstums angehen, sollte man sich mit der Machtstrukturforschung beschäftigen. Der Erste, der dies tat, war der Deutsche F.L. Neumann <sup>6</sup> zur Zeit des Dritten Reiches. Durch ihn inspiriert erforschte C.W. Mills die Verhältnisse in den USA<sup>7</sup> und weiter, wieder ein Deutscher, H.J. Krysmanski <sup>8</sup>. Eine Zusammenfassung und einen Ü-

berblick der Erkenntnisse gab dann Bernd Hamm <sup>9</sup>. Die Auswirkungen dieser Machtverhältnisse können wir tagtäglich beobachten. So wurden z.B. das Bankenrestrukturierungsgesetz, das Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die Gesetze in Zusammenhang mit den cum-ex-Geschäften von den Banken geschrieben und von den Abgeordneten des Bundestags lediglich „durchgewunken“. Das Lieferkettengesetz wird maßgeblich von den Konzernen bestimmt, das EEGesetz von den Energiekonzernen und die neue Gemeinsame Agrarpolitik der EU von der Agrarindustrie. Es ist schon erstaunlich, dass Abgeordnete die Demokratie und den Parlamentarismus in Gefahr sehen, wenn Maßnahmen aufgrund von Verordnungen zur Eindämmung von Corona erlassen werden, ohne dass das Parlament eingeschaltet wird. Wenn jedoch Gesetze weder von der Regierung noch von Parlamentariern verfasst werden, sondern von Banken und Konzernen, dann werden diese von den Abgeordneten klaglos durchgewunken. Da wundert man sich nicht, dass Bürger sich fragen, ob die meisten der über 700 Abgeordneten ihren Kopf nur noch zum Haarschneiden haben.

Die Verbindungen der Politiker der Regierungsparteien mit der Industrie, den Versicherungen und den Banken sind offensichtlich. Aufgrund der Feigheit dieser Politiker etwas zum Wohl der Allgemeinheit gegen die überzogenen Interessen der Konzerne zu unternehmen und aufgrund des Egoismus dieser Politiker nach ihrer politischen Laufbahn einen lukrativen Posten bei der Industrie zu bekommen, sind die Aussichten für Veränderungen in der Klimapolitik sehr schlecht. Selbst von den Grünen ist nicht viel zu erhoffen. Eine Politikerin der Grünen war jahrelang Chef-Lobbyistin der Tabakindustrie, Joschka Fischer berät BMW und ein Politiker dieser Partei ist zur Zeit Chef-Lobbyist von BAYER. Ein Lobbyregister zielt in die richtige Richtung um legalisierte Korruption zu beenden, wird aber noch nicht das Problem lösen. Dies hat ein Anruf von Herrn Piëch vor Jahren bei Gerhard Schröder gezeigt, der die Altwagenverordnung in der EU damals zu Fall brachte.

Welche Folgerungen sind aus diesen Missständen zu ziehen? Durch unser „eigenes Tun“ können wir etwa 5% der Bevölkerung zum Mitmachen animieren. Die

restlichen 95% werden weiterhin sich ein SUV gönnen. Es bleiben nur wenige Möglichkeiten; z.B. zu versuchen, Konzernchefs zu überzeugen, dass sie nicht nur auf ihre „quarterly results“ sehen sollten sondern auf eine enkelgerechte Konzernstrategie. Ein „weiter wie bisher“ führt über kurz oder lang zum Zusammenbruch. Eine weitere Möglichkeit ist, und damit komme ich zurück zu dem eingangs erwähnten Vortrag, „politisch aktiv werden – Massen bewegen“. Dies sollte immer gewaltfrei geschehen und in Zusammenarbeit mit Organisationen wie greenpeace, foodwatch, Germanwatch, Bürgerbewegung Finanzwende, attac, AbL u.a. Der Erfolg ist im Augenblick null bis gering, wie z.B. die große Demonstration in Berlin „Wir haben Adolf Caeserlein

es satt“ auf die bereits erwähnte Gemeinsame Agrarpolitik der EU zeigt.

Was für das „eigene Tun“ galt, gilt auch für „politisch aktiv werden – Massen bewegen“; wir müssen es tun, um vor uns und unseren Nachkommen glaubwürdig zu bleiben und weiterhin gilt für unsere Proteste:

Auch wenn sie in der Sache wirkungslos geblieben sind.

Sie sind in den Gesamthaushalt unserer Gesellschaft eingegangen.

Sie haben unsere Hirne wacher und unsere Herzen wärmer gemacht.

(Rosa Luxemburg)

<sup>1</sup> <https://www.globalmarshallplan.org/wissenschaft-und-alternative-fakten-energie-klima-zukunft-navigieren-in-schwierigem-gelaen/>

<sup>2</sup> Club of Rome, Grenzen des Wachstums, 1972

<sup>3</sup> Meadows, Dennis; in einem Interview, FAZ 04.12.2012

<sup>4</sup> Brot f.d.Welt, eed, Bund, Ich packe meinen Koffer

<sup>5</sup> 1.Timotheus 6,10

<sup>6</sup> Neumann, F.L., Behemoth, Struktur und Praxis des Nationalsozialismus, 1933-1944 (1942-1944), Frankfurt/M 1984 (1942)

<sup>7</sup> Mills, C.W., The Power Elite, New York 1956, (dt. Die amerikanische Elite. Gesellschaft und Macht in den Vereinigten Staaten, Hamburg 1962), Neuauflage 2000

<sup>8</sup> Krysmanski, H.J., Hirten & Wölfe, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2018

<sup>9</sup> Hamm, B., Das Ende der Demokratie – wie wir sie kennen, in einer Sondernummer der Zeitschrift „Foresight“, nach 2010

## **Jahrbuch zum Recht auf Nahrung Zentraler Faktor für Hunger- und Umweltkrisen ist die Entfremdung von Mensch und Natur**

**„Welternährung, Klimagerechtigkeit, Menschenrechte und der Schutz der Biodiversität gehören zusammen“ stellen Brot für die Welt, die Menschenrechtsorganisation FIAN und andere NGOs im anlässlich des Welternährungstags (16.10.) vorgelegten Jahrbuch zum Recht auf Nahrung fest. Darin beleuchten sie die Ursachen von Umweltzerstörung, Hunger und Ausbeutung und stellen Handlungsalternativen vor. Gleichzeitig fordern sie von der Bundesregierung, ihre Anstrengungen bei der Bekämpfung von Hunger und Mangelernährung zu intensivieren.**

„Die industrielle Landwirtschaft ist mit dem Versprechen angetreten, den Hunger zu besiegen. Doch die Zahl der Menschen, die an Hunger leiden, steigt seit fünf Jahren kontinuierlich an – trotz stark wachsender Agrarproduktion“, sagt Bernhard Walter, Agrarexperte bei Brot für die Welt. „Parallel dazu wird unsere Ernährung immer einseitiger. Nur drei Pflanzen – Mais, Reis und Weizen – sichern heute 60 Prozent der weltweiten pflanzlichen Kalorien und Proteine.“ Das neue Jahrbuch legt dar, wie dies zusammenhängt:



die Zunahme des Hungers mit dem Klimawandel, mit dem Verlust der Biodiversität, mit der Verbreitung von Infektionskrankheiten – und dies wiederum mit der Verdrängung der bäuerlichen Landwirtschaft durch die industrielle Agrarproduktion.

**Getrennte Regulierungssysteme für Mensch und Natur blockieren ganzheitliche Lösungsansätze.** Ein großes Problem bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen: Mensch und Natur werden immer weniger zusammen gedacht. Die Menschenrechtspakte schweigen sich weitgehend über Umweltfragen aus, und die UN-Umweltabkommen zu Biodiversität und Klima äußern sich nicht zu Menschenrechten. „Mit Blick auf die 2021 anstehenden UN-Konferenzen zu Ernährung, Biodiversität und Klima besteht die Chance, diese Kluft zu überwinden. Die Bundesregierung muss sich an den Bedürfnissen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in den Ländern des Südens orientieren und diese bei der Vorbereitung der Gipfel substantiell einbinden“, so Philipp Mimkes, Geschäftsführer von FIAN Deutschland.

„Wenn wir das Recht auf Nahrung umsetzen wollen und Ernährung ausgewogen gestalten wollen, müssen wir die Ernährungssysteme in Richtung Agrarökologie entwickeln. So erhalten wir die Vielfalt der Sorten, und die Landwirtschaft kann sich besser an die Folgen des Klimawandels anpassen“, sagt Walter. „Hierfür müssen die Rechte von Bauern, indigenen Völkern und all jenen Gemeinschaften, die sich um lokale Ökosysteme kümmern und mittels der Agrarökologie nachhaltig Nahrungsmittel produzieren, im Mittelpunkt stehen“, ergänzt Mimkes. Kleinbauern und Indigene sind Vorreiter eines solchen Wandels, denn sie produzieren jetzt schon bis zu 80 Prozent der Lebensmittel im globalen Süden, obwohl sie nur über 25 Prozent der Agrarfläche verfügen.

(Quelle: FIAN)

## Sieben schwarze Jahre

Im Oktober hat eine ganz große Koalition aus CDU/CSU, SPD, Liberalen und Rechten ihren Deal für die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik der nächsten sieben Jahre durchs Parlament gebracht. Ein schädlicher, fauler Kompromiss, wie Fachleute sagen. Denn damit wird die so dringend notwendige Agrarwende endgültig für 7 weitere Jahre aufgeschoben. Es ist klar: Die europäische Landwirtschaft wird ihren Teil zum Erreichen der Pariser Klimaziele nicht beitragen können.

Die Grünen haben sich in den Verhandlungen nachdrücklich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik eingesetzt: Kein einziger Cent dürfe mehr für eine industrielle Landwirtschaft fließen, die die Klimakrise und das Artensterben befeuert und das Tierwohl systematisch verletzt. Doch alle Versuche wurden von der rückwärtsgewandten Mehrheit immer wieder blockiert, wie Sven Giegold voller Trauer mitteilt.

Aber noch schlimmer, schreibt er: Auch der Rat der Mitgliedsländer hat seine Haltung zur EU-Agrarreform verabschiedet.

Diese ist für Klima, Artenvielfalt und Tierwohl wie die des Parlaments zuständig. Wenn jetzt Parlament und Rat mit diesen Positionen in die Verhandlungen gehen, kann nichts Gutes dabei herauskommen. Die Abstimmungen bilden den Höhepunkt einer wirklich rabenschwarzen Beschlusslage für Klima, Artenvielfalt und die vielen bereits nachhaltig wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe. Das Fazit ist deprimierend: 81% der geschützten Lebensräume in der EU sind in einem schlechten Zustand. Vielen der besonders geschützten Arten geht es schlecht und immer schlechter. Die Klimaziele für 2030 sind mit diesen Beschlüssen sieben Jahre lang nicht zu erreichen. Millionen Tiere werden weiter unter den schrecklichen Bedingungen in der industriellen Landwirtschaft leiden. Das Höfesterben wird ungehindert weitergehen, weil weiterhin vor allem große Betriebe gefördert werden sollen.

HHW

## **Neue Windräder**

Um klimafreundlichen Strom zu erhalten, sollen vor den Küsten Europas Tausende neue Windräder gebaut werden. Nach einer neuen Strategie der Europa-Kommission soll die Kapazität schon im Jahr 2030 von heute 12 Gigawatt auf 60 Gigawatt ansteigen und bis 2050 auf 300 Gigawatt wachsen. Innerhalb von 30 Jahren sollen 800 Milliarden Euro in dieses Projekt investiert werden.

(dpa)

## **Themenbereich Frieden**

*Die folgende Stellungnahme zu den fürchterlichen terroristischen Anschlägen in Frankreich drucken wir hier ab, weil es uns wichtig scheint, auch kompetente islamische Stimmen dazu zur Kenntnis zu nehmen:*

### **Stellungnahme des Großimam von Kairo zu den Terroranschlägen in Frankreich**

Im Namen des Islam und im Namen des Propheten: keine Gewalt! (23.10.2020) Der Großimam von Kairo, Ahmad Al-Tayyeb, hat den islamistischen Terrorakt von Paris scharf verurteilt. "Als Großimam der Al-Azhar erkläre ich vor dem allmächtigen Gott, dass ich mich von dieser abscheulichen kriminellen Tat distanzieren und von allen, die solche abweichenden, falschen Gedanken annehmen", so Al-Tayyeb bei einem interreligiösen Friedensgebet in Rom. Die Verurteilung des "schrecklichen Mordes in Paris" spreche er auch im Namen der Lehren des Islam und des Propheten Mohammed aus. Der Großimam gilt als eine der höchsten Lehrautoritäten im sunnitischen Islam. Gleichzeitig verurteilte Al-Tayyeb blasphemische Äußerungen. Es sei "intellektuell zweifelhaft und ein Aufruf zum Hass", wenn "unter dem Slogan der Meinungsfreiheit Religionen beleidigt und ihre heiligen Symbole missbraucht werden". Gleichwohl verträten "der Terrorist und seine Leute" von Paris die Religion Mohammeds ebenso wenig "wie der neuseeländische Terrorist, der Muslime in einer Moschee erschoss, die Religion Jesu vertritt".

„Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut soll immer wieder mit Blut abgewaschen werden.“  
(Bertha von Suttner, Die Waffen nieder! Friedensnobelpreisträgerin 1905)

### **Sturmgewehre in Kinderhänden**

#### **Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik landen immer wieder in Konfliktgebieten, in denen Kriegsparteien Minderjährige rekrutieren**

Die UN geht aktuell von mehr als 250 000 minderjährigen Kombattanten in den Konflikten der Welt aus. In mehr als 20 Ländern werden sie von regulären Armeen, Rebellen, Terroristen u.a. missbraucht. Jungen und auch Mädchen müssen in Afghanistan, im Jemen, im Irak, in Libyen,

Somalia und Syrien Kriegsdienst leisten. Ebenso bei Kämpfen in der Demokratischen Republik Kongo, Indonesien, Myanmar, Nigeria, auf den Philippinen und im Südsudan. Unter 18 Jahren gelten sie als Kindersoldaten.

„Die Bundesrepublik hat alle wichtigen internationalen Verträge gegen die Rekrutierung von Minderjährigen ratifiziert und sich verpflichtet, gegen den Einsatz von Kindersoldaten vorzugehen. Dennoch tauchen noch immer regelmäßig deutsche Gewehre wie das G3 und anderes Kriegsgeschütz in den Händen von Kindersoldaten auf.“

Deutsche Waffen kommen in Afghanistan, im Irak, auf den Philippinen, in Indonesien und Libyen zum Einsatz. Unter der Führung Saudi-Arabiens bringen deutsche Waffen vor allem im Jemen Tod und Verderben. Länder wie eben Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten und Katar beziehen traditionell deutsche Waffen im großen Stil. Saudi-Arabien liefert zudem Kleinwaffen an ihre Verbündeten, die mit deutscher Lizenz im eigenen Land produziert werden.

„Neuere Rüstungsgüter erreichen viele aktuelle Krisenherde direkt aus der Bundesrepublik.“

Deutsche Rüstungsfirmen haben seit 1914 Waffen an mindestens acht Länder geliefert, in denen der UN-Generalsekretär schwere Kinderrechtsverletzungen dokumentiert hat, in einigen Fällen auch Rekrutierungen von Minderjährigen als Kämpfer.“

In einer neuen Studie „Kleinwaffen in kleinen Händen – Deutsche Rüstungsexporte verletzen Kinderrechte“ von terre des hommes werden diese Tatsachen dokumentiert. Der Autor der Studie Christopher Steinmetz beschreibt gravierende Vorgänge: „In Syrien und Irak haben die Vereinten Nationen seit 2014 mehr als 9500

schwere Verletzungen der Kinderrechte dokumentiert. Zwischen 2014 und 2016 hat Deutschland mehr als 24 000 Sturmgewehre und 24 Millionen Schusswaffenmunition, 20 000 Handgranaten und Hunderte von Panzerfäusten und Panzerabwehrraketensystemen in die irakisch-syrische Konfliktregion exportiert.“ Weiter berichtet er, dass auch nichtstaatliche Akteure mit deutschen Waffen ausgerüstet werden, obwohl bekannt ist, dass sie regelmäßig Kindersoldaten einsetzen und gewaltsam rekrutieren.

Das Bundeswirtschaftsministerium leugnet heuchlerisch diese Tatsachen. „Bestehen konkrete Anhaltspunkte, dass zur Ausfuhr vorgesehene Kleinwaffen oder leichte Waffen unter Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention oder das Fakultativprotokoll gegen Kinder bzw. Minderjährige eingesetzt oder an Kindersoldaten ausgehändigt werden, wird die Ausfuhrgenehmigung versagt.“

Der jüngste Rüstungsexportbericht aus dem Bundeswirtschaftsministerium widerlegt obige Aussagen selber. Alleine von Januar bis Juni im ersten Halbjahr 2020 wurden Ausfuhren an Ägypten in Höhe von 312 Millionen Euro, an Katar von 260 Millionen und an die vereinigten Arabischen Emirate 21 Millionen genehmigt.

Nun eine eigene Auswertung der „Zeit“: Die jetzige Bundesregierung hat von 2017 bis Ende 2019 an Ägypten, Indien, Indonesien, Katar, Saudi-Arabien und an die Vereinigten Arabischen Emirate Ausfuhren von 3,7 Milliarden zugelassen.

Artikel in der „Zeit“ von Hauke Friederichs vom 5.11.2020)

**Wir vom Ökumenischen Netz Bayern protestieren aufs Schärfste gegen diese Mächtschafften. Es ist eine Schande für unsere Regierung und unser Land.**

Sepp Stahl

## **Der Waffenmarkt wächst und wächst**

Das Friedensforschungsinstitut Sipri hat veröffentlicht, dass der Gesamtumsatz der 25 größten Rüstungsunternehmen der Welt im Jahr 2019 auf insgesamt fast 300 Milliarden Euro angewachsen ist. Das seien 8,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Waffen zu verkaufen ist offenbar ein ungemein lohnendes Geschäftsmodell. Allein die fünf größten US-Unternehmen Lockheed Martin, Boeing, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics haben einen Umsatz von 136 Milliarden Euro erreicht. Das größte deutsche Rüstungsunternehmen Rheinmetall konnte seinen Umsatz um 4 Prozent auf 3,2 Milliarden Euro steigern. – **In der Urchristenheit galt die Regel: Christen beteiligen sich nicht an Kriegen und auch nicht am Handel mit Waffen! Ob es nicht Zeit wird, mal wieder daran zu erinnern?**

## Was deutschen Politikern wichtig ist

Sicher interessiert jeden von uns, welche Themen unsere Politiker zum Handeln treiben - was Vorrang hat und was viel Geld kosten darf. Dazu braucht man aber nur in den Bundeshaushalt zu schauen und kann mit wenigen Blicken erkennen, was den Politikern wichtig ist - wofür mehr Geld ausgegeben wird.

Der Bundeshaushalt 2020 beläuft sich auf 360 Mrd. € und liegt damit um 4 Mrd. € höher als der Vorjahreshaushalt (356 Mrd.). Aber schnell können wir sehen, dass allein ein Haushaltstitel mehr Geld erhält als diese 4 Mrd. € - es ist der Verteidigungsetat, der um 5 Mrd. € steigen darf. Das sind allerdings "nur" 11,5% Steigerung, während ein Untertitel des Verteidigungshaushalts – Rüstungsausgaben - um 36% steigen darf. Kein Land in Europa hat den Verteidigungshaushalt so sehr hochgefahren wie Deutschland.

Hier müssen wir sicher daran erinnern, dass unser großer westlicher Verbündeter - die USA unter Donald Trump - genau das von uns gefordert hat - wir sollten mehr fürs Militär tun.

Müssen wir den Forderungen dieses Mannes nachkommen, der gewiss von seinem Heimatort - New York City - die Gefahren eines Krieges, also besonders die eines Atomkriegs theoretisch eigentlich erkennen müsste?

Wer je in New York City war, weiß genau die Gefahren eines Atomkriegs einzuschätzen, die diese Stadt aus Stahl und Glas im Falle eines Falles treffen und auf grausamste Weise für die dort lebenden Menschen vernichten würde. Das zersplitternde Glas, die Folgen für Menschen in den oberen Stockwerken dieser vielleicht brennenden Hochhäuser kann doch kaum jemand im Voraus mit allen seinen dadurch verursachten Gefahren und Tragödien richtig erkennen - ein Atomkrieg wäre das Ende von New York City. Aber ganz offensichtlich hat Präsident Trump über diese Zusammenhänge noch nicht nachgedacht - sonst müsste er alles tun, um auch nur die Möglichkeit eines Atomkriegs auszuschließen.

Und der angebliche Schutz Westeuropas durch Atomwaffen ist ohnehin kein Schutz auf lange Sicht - das Atomwaffenverbot

wird kommen.

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist bereits von 35 Staaten ratifiziert. Wenn in 2020 noch weitere 15 Staaten dazukommen, gilt das Verbot für den Einsatz dieser Waffen – inzwischen haben nicht nur 80 Staaten den Vertrag unterzeichnet, sondern die Zahl von 50 Staaten ist erreicht, die diesen Vertrag ratifiziert haben. Dann sind Atomwaffen und ihr möglicher Einsatz ein Problem der Vergangenheit. Eine Verletzung dieses Verbots mit allen Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen wäre ein Kriegsverbrechen.

Wir kennen doch die Entwicklung der allgemeinen politischen und geographischen Situation - während 1989 die Sowjetunion/ Russland mit den Staaten des Warschauer Pakts kurz vor Hamburg stand, steht jetzt umgekehrt die NATO in Estland, an der Narwa kurz vor Petersburg. Einen Warschauer Pakt gibt es nicht mehr und den 150 Millionen Russen stehen 550 Millionen Europäer der Europäischen Union gegenüber. Von möglicher Hilfe durch NATO und die USA ganz abgesehen erscheint ein Angriff Russlands auf diese Europäische Union sehr unwahrscheinlich. Selbst eine lokal begrenzte Aktion würde einen Krieg auslösen, den Russland nie gewinnen könnte. Glücklicherweise ist Putin ein Politiker, der in den Gefahren der Konfrontation vor 1989 groß geworden ist - er lebte damals in Dresden und wusste, was ein neuer Weltkrieg für Europa und für die Stadt bedeutet hätte, in der er damals lebte.

Gewiss - die Intervention Russlands auf der Krim und in der Ost-Ukraine zeigte die mögliche Intervention dieses Staates dort, wo er keinen Widerstand erwartet. Die Ukraine war tatsächlich nicht Mitglied und Schutzgebiet des westlichen Militärbündnisses. Das hat Putin zur Erweiterung seines Herrschaftsgebiets und zur Sicherung des Zugangs zu seiner Kriegsmarine in seinem einzigen eisfreien Hafen - in Sewastopol auf der Krim - ausgenutzt. Er hat sich dabei auch Gebiete angeeignet, die eine mehrheitlich russischsprachige Bevölkerung haben. Aber er weiß doch, dass jede weitere Aggression Russlands in Osteuropa den

Bündnisfall für die NATO auslösen würde - die Folge einer solchen Aggression wäre der große Krieg mit der NATO und die sichere Niederlage Russlands, das weder militärisch noch politisch (in der Zahl seiner Staatsbürger oder in seiner Wirtschaftskraft) dem westlichen Bündnis ebenbürtig wäre. Ein möglicher Atomkrieg würde dieses Ergebnis nicht verändern - nur seine Folgen verschlimmern.

Deutschland hatte in 2010 schon den Abzug der Atomwaffen aus Büchel verlangt - es ist an der Zeit, diese Forderung im Bundestag erneut zur Diskussion zu stellen und zu beschließen. Kein Politiker kann die Veränderungen ignorieren, die

seit 1989 eingetreten sind und die den Verbleib von Atomwaffen in Deutschland eigentlich verbieten sollten. Wichtig wäre es, dass die Kenntnis dieser Zusammenhänge in der deutschen Öffentlichkeit zum Allgemeinbewusstsein wird - dass Krieg nicht nur um Gottes willen nicht sein darf, sondern er darf nicht sein um des Überlebens der Europäer und des Fortbestands unserer Kultur willen, die durch einen Atomkrieg vernichtet würde. Atomkrieg ist Wahnsinn und wir dürfen nicht dulden, dass unsere Politiker auch nur mit der Möglichkeit eines Atomkriegs drohen.

Dr. Wolfram Rohde-Liebenau / München

### **Strafen für Corona-Leugner?**

Der Projektleiter der Corona-Notfallklinik in den Berliner Messehallen mit 488 Betten, Albrecht Broemme, fordert, Corona-Leugner juristisch zu belangen. „Die gefährlichen Behauptungen dieser Aktivisten, die mit ihren wirren Verschwörungstheorien Millionen Menschen erreichen, müssen strafrechtliche Konsequenzen haben“, sagt Broemme, ehemaliger Präsident des Technischen Hilfswerks. Er kann sich in bestimmten Fällen „Strafen analog zur Leugnung des Holocaust“ vorstellen, zum Teil seien die Personenkreise identisch. „Es kann nicht angehen, eine jüdische Weltverschwörung oder Microsoft-Gründer Bill Gates als Erfinder des Coronavirus hinzustellen“, sagt Broemme. „Das ist kriminell.“

(Der Spiegel Nr.45/30.10.2020)

### **„Märchenstunde“**

Wenn Menschen Angst haben, entwickeln sie oft merkwürdige Gedanken. Einer von ihnen ist Herr Schmidt, von dem der Spiegel erzählt. Der Name ist ein Pseudonym. Herr Schmidt will nicht genannt werden. Er glaubt, dass wichtige Männer in Politik und Wirtschaft wichtige Ereignisse ausdenken: Der Tod von John F. Kennedy, die Anschläge vom 11. September, die Corona-Pandemie – all das und vieles mehr hält er für erfunden und gefälscht. Dahinter sieht er eine gewaltige Verschwörung, eine Ideologie, der die Reichen und die Mächtigen folgen. Diese in den USA inzwischen weit verbreitete Ideologie hat den Namen QAnon. Inzwischen hat sie auch in Europa, auch in Deutschland zahlreiche Gläubige.

„Anhänger dieser rechten Verschwörungsideologie sind zum Beispiel davon über-

zeugt, dass eine einflussreiche Gruppe satanischer Kinderschänder Jungen und Mädchen gefangen hält, um aus ihrem Blut eine Droge zu gewinnen.“ Oder – eine andere Theorie: Politiker haben Kinder entführt, um aus ihrem Blut ein Verjüngungselixier herzustellen.“

„Es sind verstörend bekannte Motive, die die Anhänger von QAnon verbreiten“ schreiben die Autoren des aufschlussreichen Aufsatzes im Spiegel mit dem Titel „Unter Gläubigen“ (Der Spiegel Nr. 39 vom 19.9.2020): „Der Glaube an eine angebliche Verschwörung reicher Eliten, darunter viele jüdische Unternehmer, gegen den Rest der Welt; eine vermeintliche Clique korrupter linker Politiker, die Demokratien unterwandern; Journalisten, die Propaganda verbreiten und sich damit zu Komplizen der

Mächtigen machen:“ Die Extremismus-Forscherin Julia Ebner hält QAnon für eine potentielle Gefahr für die nationale Sicherheit.

Sie schreibt: „QAnon ist auf dem Weg, zum gefährlichsten Kult der Welt zu werden – die erste Ideologie, die aus dem digitalen Raum stammt und sich von einer Nische im Netz bis ins wirkliche, reale Leben vorgearbeitet hat, mithilfe von Trump-Fans und rechten Giftmischern. Die Bewegung wirkt demokratiezersetzend, weil ihre Anhänger nicht mehr empfänglich sind für Argumente. Befeuert wird der Kult von „Q“, einem oder mehreren anonymen Nutzern, die im Netz regelmäßig Nachrichten hinterlassen und andeuten, Zugang zu hoch-geheimen US-Regierungsunterlagen zu haben – was mehr als fragwürdig ist.“

Man könnte, so weiter in besagtem Aufsatz, QAnon als durchgeknallte Paranoia abtun wie den Irrglauben, dass die Mondlandung eine Erfindung der NASA war oder die Angriffe auf das World-Trade-Center vom 11. 9. von der amerikanischen Regierung geplant waren. Aber mit derartigen Banalitäten hält die QAnon-Bewegung sich nicht lange auf. Da verbreiten sich ganz andere Ideen: Die Q-Bewegung knüpft an uralte antisemitische Verschwörungstheorien an, die „schon vor Jahrhunderten die Vorstellung von Juden heraufbeschworen, die das Blut von Christen trinken und die Weltherrschaft anstreben.“ Ein enormes Gewaltpotenzial tritt zu Tage, eine Reihe von Morden und Attentaten gehen auf das Konto der QAnon-Bewegung, deren „Messias“ der US-Präsident Trump sei, wie der Sektenbeauftragte der Evang. Kirche in Bayern sagt. „QAnons glauben, der US-Präsident rette die Welt vor einem satanischen Kult aus Pädophilen und Kannibalen.“ (Nürnberger Nachrichten vom 6. Okt. 2020)

„Die sozialen Medien - und das Zerrbild, das sie erzeugen – sind zur realen Gefahr für die demokratischen Prozesse und Institutionen der USA geworden“ heißt es in einem weiteren Aufsatz (vgl. „Die Macht der Mythen“, Der Spiegel Nr. 43 vom 17. 10. 2020, S. 69). „Das glauben keineswegs nur die üblichen Kritiker. Auch die Behörden des Landes und die Netzkonzerne selbst können Schlimmstes nicht mehr ausschließen: Massive und perfide Einschüchterungs- und Täuschungsversu-

che gegen Wahlberechtigte; Chaos am Wahlabend...; Gewaltaufrufe durch bewaffnete Milizen“ und anderes mehr.

Der Tod des schwarzen Polizisten Patrick Underwood ist ein erschreckendes Beispiel. In den sozialen Medien entstand ein Gerücht, eine Lüge: Für Underwoods Tod sei eine linke Protestbewegung verantwortlich: „Die Randalierer haben ihn getötet“, „ein schwarzer Polizist, von Antifa und `Black Lives Matter`-Aufständischen habe ihn umgebracht“; „ein Leben verloren wegen korrupter Medienpropaganda und linker Chaoten“ – in Wahrheit war der Mörder ein Rechtsterrorist! In den sozialen Medien verbreiten sich derartige Falschmeldungen in Lichtgeschwindigkeit, „vor allem, wenn sie geeignet sind, politische Gegner zu denunzieren und Hass zu schüren.“ - Ein gefundenes Fressen für alle, die mit politischer Hasspropaganda zu arbeiten gewohnt sind.

Eine merkwürdige Mischung ist es also, die sich zum Beispiel in den großen Protest-Demonstrationen der sogenannten Querdenker einfinden, die gegen die Corona-Maßnahmen auftreten. „Rund 40 000 Menschen waren dort auf der Straße. Hooligans und Impfgegner, Leute, deren Firma Pleite gegangen ist wegen des Lockdowns. Hippies, Friedensaktivisten, Mitglieder der rechtsextremen ‚Identitären Bewegung‘, Nostalgiker, die den Kaiser zurückwollen“. So beobachtete ein Reporter ein Großereignis Anfang September 2020. Und der Hamburger Verfassungsschutz-Chef ergänzt: „Schwierig wird es aber, wenn vermeintliche Querdenker der Regierung unterstellen, sie habe das Virus nur erfunden, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Immer mehr Protestler stellen mit ihren Verschwörungserzählungen den Staat als solchen in Frage. Da ist ein Verfassungsschützer natürlich alarmiert.“

Und auf die Frage, wieso solche erfundenen Erzählungen so mächtige Wirkungen entfalten können, antwortet Christian Siegel, der die politische Bedeutung von Erzählungen wissenschaftlich untersucht: „Wir benutzen Erzählungen in unserer Kultur ganz oft, in vielerlei Hinsicht. Sowohl für uns selbst – wer wir sind, woher wir kommen, wohin wir wollen – als auch für uns als Nation. Entscheidend ist, dass Verschwörungserzählungen eine Rolle spielen, wenn es eine Kultur des Misstrauens gegen die Herrschenden gibt. Erst diese

Kultur führt dazu, dass viele Leute plausibel finden, was da gesagt wird.“ – Inzwischen sind mehrere Demonstrationen der „Querdenker“ gerichtlich verboten wor-

HHW

den, weil sie aller Voraussicht nach von rechtsextremen Gruppen dominiert werden.

(vgl. Der Spiegel, Nr.48/21.11.2020)

### **Vertrag zum Verbot von Atomwaffen**

Im Oktober 2020 hat Honduras als 50. Staat bei den Vereinten Nationen den UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Damit kann dieser Vertrag endlich in Kraft treten. Nach einer Frist von 90 Tagen ist dies der Fall. Er ächtet Atomwaffen international. – Ein wegweisender Schritt

### **Gewichtige kirchliche Stimmen gegen Atomwaffen**

Die stellvertretende EKD-Vorsitzende Annette Kurschus und der römisch-katholische Bischof von Mainz, Peter Kohlgraf, haben den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland gefordert. Kohlgraf, der Präsident der deutschen Sektion von „Pax Christi“ ist, forderte auch einen Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag. Die beiden leitenden Geistlichen äußerten sich anlässlich einer Aktion gegen das US-Atomwaffenlager Büchel in der Eifel, die wegen der Corona-Seuche ins Internet verlegt worden war. Kurschus, die in Büchel predigen sollte, sagte in einem für die Onlineaktion produzierten Film, das bei der Wiedervereinigung gegebene Versprechen, von deutschem Boden werde nur Frieden ausgehen, sei so lange nicht eingelöst, „wie Jahr für Jahr in Deutschland produzierte Waffen Kriege und Bürgerkriege befeuern“ und in Büchel Atomwaffen lagern, die Völkern „Tod und Vernichtung androhen“. Kohlgraf verlangte in einem Video, den Besitz von Atomwaffen zu ächten.

(zeitzeichen 7/2020)

## **Gegen Gewalt und Krieg - für den Frieden: Atomwaffen werden geächtet**

Vor drei Jahren erhielt die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) den Friedensnobelpreis 2017. Dass die Arbeit dieser Organisation in den letzten Jahren erfolgreich war, dass dieser Atomwaffen-Verbotsvertrag inzwischen von 51 Staaten ratifiziert wurde und am 22.1.2021 endlich in Kraft trat, ist Anlass zur Freude. Dieser Vertrag ergänzt den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen von 1968 und den Kernwaffen-Teststopp-Vertrag von 1996. Er setzt ein mahnendes Zeichen gegen den Einsatz dieser schrecklichen Massenvernichtungswaffen. Ein Zeichen vor allem an die Staaten, die über ein Arsenal von über 15.000 Atom- und Wasserstoffbomben besitzen. **Der Vertrag mahnt aber auch uns: noch immer lagern 20 Kernwaffen in Büchel in Rheinland-Pfalz, noch immer üben Bundeswehr-Soldaten den Einsatz dieser „taktischen“ Atomwaffen. Es wird Zeit, diese „nukleare Teilhabe“ endlich zu beenden. Setzen wir uns dafür ein, dass auch Deutschland diesen Vertrag ratifiziert.**

### **Zeichen der Hoffnung – NewSTART wird verlängert**

**Es ist das letzte atomare Abrüstungsabkommen zwischen den USA und Russland - in einer Woche wäre es ausgelaufen. Russland hat es nun verlängert. Auch die US-Regierung des neuen Präsidenten Biden will das Abkommen verlängern.**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat die Verlängerung des New-Start-Abkommens mit den USA unterzeichnet. Dies teilte der Kreml mit. Bei Nichtverlängerung würde der Vertrag regulär am 5. Februar auslaufen. Die Regierung des neuen US-Präsidenten Joe Biden hatte sich zuvor ebenfalls für eine fünfjährige Verlängerung des atomaren Abrüstungsvertrags ausgesprochen. Diese war auch eines der Themen beim ersten Telefonat zwischen Biden und Putin. Eine offizielle Verlängerung seitens der USA steht aber noch aus.

Unterzeichnet hatte das New-Start-Abkommen US-Präsident Barack Obama mit dem damaligen russischen Staatschef Dmitrij Medwedjew im April 2010 in Prag. Das Abkommen begrenzt die Zahl der Trägersysteme für strategische Atomwaffen auf 800 auf jeder Seite, davon dürfen 700 gefechtsbereit gehalten werden. Unter das Limit fallen bodengestützte Interkontinentalraketen, auf U-Booten stationierte ballistische Raketen sowie schwere Bomber. Insgesamt dürfen sie mit nicht mehr als 1550 gefechtsbereiten Atomsprengköpfen bewaffnet sein.

Für eine Verlängerung des Vertrags, die Biden nach eigenen Worten anstrebt, sprechen aus Sicht vieler Experten nicht nur die Obergrenzen für Waffensysteme - der Vertrag enthält auch detaillierte Bestimmungen, die Russland und den USA wertvolle Informationen über die Aufstellung der Atomstreitkräfte der Gegenseite gewähren.

Vgl.: <https://www.sueddeutsche.de/politik/atomwaffen-ruestungskontrolle-usa-russland-1.5178231>

Wir empfehlen die Teilnahme an der Online-Friedenskonferenz zum Thema

### **Friedenskonzept der Badischen Landeskirche**

#### **„Sicherheit neu denken**

am 19. 2. 2021 von 14.30 Uhr bis 22 Uhr

Information unter <http://friedenskonferenz.info>



### Paritätischer Armutsbericht 2020:

## Armutsquote so hoch wie nie zuvor seit 1990

Nach dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. So die Ergebnisse der Untersuchung.

Der Verband warnt in seiner in Berlin vorgestellten Studie, dass die Corona-Krise Armut und soziale Ungleichheit verschärfen werde. Er warf der Bundesregierung angesichts von 13,2 Millionen Menschen in Armut eine "armutspolitische Verweigerungshaltung" vor und forderte eine sofortige Anhebung der finanziellen Unterstützungsleistungen für arme Menschen sowie armutsfeste Reformen der Sozialversicherungen.

Die Studie zeichnet wachsende Ungleichheit ab.

"Die vorliegenden Daten zur regionalen Verteilung, zur Entwicklung und zur Struktur der Armut zeigen Deutschland als ein in wachsender Ungleichheit tief zerrissenes Land", stellte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, fest.

Der Studie zufolge hat die Armut bei den besonders armutsbetroffenen Gruppen wie Alleinerziehenden, Arbeitslosen und kinderreichen Familien von 2018 zu 2019 zugenommen. Die jüngst positiven Entwicklungen in den ostdeutschen Bundesländern seien gestoppt.

Der Paritätische stützt sich bei seinen Berechnungen auf den Mikrozensus des Statistischen Bundesamts. Bei der Berechnung der Armutsquoten zählt jede Person als einkommensarm, die mit ihren Einkünften unter 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt.

Armutsgeografisch zerfalle Deutschland in zwei Teile: Im gut gestellten Süden hätten Bayern und Baden-Württemberg eine gemeinsame Armutsquote von 12,1 Prozent. Der Rest der Republik komme auf eine Quote von 17,4 Prozent. Damit lebe außerhalb von Bayern und Baden-Württemberg durchschnittlich mehr als jeder Sechste unterhalb der Armutsgrenze.

Das problematischste Bundesland bleibe Nordrhein-Westfalen: Seit 2006 sei die Armutsquote in dem bevölkerungsreichen Bundesland zweieinhalbmal so schnell gewachsen wie die gesamtdeutsche Quote.

Armutstreiber in Nordrhein-Westfalen sei das Ruhrgebiet mit einer Armutsquote von 21,4 Prozent. "Das größte Ballungsgebiet Deutschlands muss damit zweifellos als Problemregion Nummer 1 gelten", heißt es im Armutsbericht des Paritätischen vom 23.11.2020.

(Evangelischer Pressdienst epd)

## Nachricht von der Sea-Watch

nachdem unser Bündnisschiff Sea-Watch 4 bei seiner ersten Mission 353 Menschen gerettet hat, wurde es von den italienischen Behörden festgesetzt und liegt im Hafen von Palermo. Sea-Watch hat jetzt nach intensiven juristischen Vorbereitungen Widerspruch beim Verwaltungsgericht in Palermo eingelegt. Wir hoffen, dass das Gericht den Fall schnell bearbeitet, damit die Sea-Watch 4 zur nächsten Rettungsmission starten kann. Wann es soweit ist, lässt sich aktuell nicht sagen.

Die Festsetzung unseres Bündnisschiffes war keine Überraschung: Immer wieder werden zivile Rettungsschiffe unter fadenscheinigen Gründen festgehalten und am Retten gehindert. Die Sea-Watch 4 ist bereits das fünfte Schiff, das in den vergangenen fünf Monaten festgesetzt oder beschlagnahmt wurde!

Wir sind unglaublich dankbar für Euer Mitfiebern, Eure Unterstützungsangebote und die kreativen Aktionen, die ihr umsetzt. Viele Bündnispartner haben Proteste gestartet, sind laut geworden. Es ist gut zu sehen, dass so viele Menschen hinter der Sea-Watch 4 stehen! Aktuell ist die Lage so: Die technischen Beanstandungen sind behoben, nun geht es um die politisch motivierten Gründe der Festsetzung. Gerade wegen der Verknüpfung von technischen Sicherheitsfragen mit einer politischen Agenda ist jetzt Fingerspitzengefühl gefragt. Sea-Watch arbeitet mit entsprechenden Fachjurist\*innen daran, mit den Mitteln des Rechtsstaats unser Bündnisschiff schnellstmöglich wieder freizubekommen.

Protest ist weiter wichtig und wir müssen vor allem deutlich machen, was auf dem Mittelmeer passiert: Dass Menschen ertrinken, weil zivile Rettungsschiffe nicht retten dürfen! Dass EU-Mitgliedsstaaten und europäische Agenturen wie Frontex sich nicht an die Pflicht zur Seenotrettung halten, sondern sich an illegalen Push-Back-Aktionen beteiligen! Gemeinsam werden wir immer wieder auf die katastrophale Situation hinweisen und die EU an ihre Verantwortung erinnern.

Gemeinsam stehen wir hinter der Sea-Watch 4

Mit herzlichem Gruß aus der United4Rescue-Geschäftsstelle

Inzwischen geht durch die Medien die Angst der Flüchtlinge auf der Insel Lesbos vor dem Winter: Keine Heizung, kein warmes Wasser, überhaupt kein fließendes Wasser usw. (Vera & Titus)

### An Europas Außengrenzen

Der junge Syrer Jouma al-Badi dachte, er hätte es geschafft: Er stand zusammen mit 23 weiteren Flüchtlingen auf europäischem Boden! Von der Türkei waren sie mit einem Schlauchboot auf die griechische Insel Samos herübergekommen. Jetzt wollte er Schutz beantragen. Griechische Sicherheitskräfte aber griffen die Flüchtlinge auf und schleppten sie zurück aufs offene Meer, setzten sie auf einem aufblasbaren Gummifloß aus. Eine Nacht lang fuhren griechische Grenzschützer mit ihren Motobooten um die Frauen und Männer herum und drängten sie vom Land ab. Dann brachten sie die Flüchtlinge in die Türkei. (Bericht eines Betroffenen)

*Diesen „Denkanstoß“ habe ich an verschiedene deutsche Politiker geschickt, aber leider keine Resonanz erhalten.*

## **Ausweg aus der Flüchtlingsfalle Ein Denkanstoß**

Das Flüchtlingsproblem ist für die Betroffenen zu einer unwürdigen Quälerei geworden und für die Hilfwilligen zu einer ausweglosen Falle: Wenn Rettungsschiffe Ertrinkende aus dem Mittelmeer aufnehmen, wenn deutsche Länder oder Städte sich bereiterklären, aus dem niedergebrannten Moria Flüchtlinge unterzubringen, ertönt sofort die besorgte Stimme: Dann werden demnächst viel mehr Menschen mit unbrauchbaren Booten auf dem Mittelmeer auftauchen und demnächst weitere Lager in Flammen aufgehen, denn dann wird ihnen ja geholfen. Und vermutlich ist an derartigen warnenden Stimmen auch etwas Richtiges dran - und die notwendige Hilfe unterbleibt. Eine Falle also!

In dieser Situation möchte mein kleiner Beitrag einen weiterführenden Denkanstoß geben:

Warum kommen so viele, besonders junge Männer und Frauen, auf mühsamen Wegen zum Beispiel aus Afrika nach Europa? Der überwiegende Teil doch deshalb, weil sie in ihren Ländern keine Möglichkeit haben, für sich und ihre Familien einen soliden Lebensunterhalt zu erhalten. Fehlende Ausbildungsmöglichkeiten, fehlende Perspektiven für ein Lebensverdienst treiben sie los. Die Not ist so groß, dass die jungen Leute die waghalsigsten Wege suchen. Einzige Chance: In Europa, am liebsten in Deutschland eine Möglichkeit zum Leben finden!

Hier setzt mein Vorschlag an: Es ist ja nicht Reiselust und Abenteuerertum, das die Betroffenen treibt, sondern die pure Not, die sie zu ungeliebten, ungewollten,

herumgejagten Flüchtlingen macht. Nein, die europäischen Länder, allen voran die Bundesrepublik, sollten dringend anders agieren: Auf legalen Wegen sollen die jungen Menschen nach Europa kommen können, sollen Betrieben zugeteilt werden und vom Staat eine gründliche Ausbildung bezahlt bekommen. Nach Abschluss dieser Ausbildung sollen sie einen „tüchtigen Batzen“ Geld erhalten und damit in ihre Heimatländer zurückfahren. Im Reisegepäck Hilfestellungen zum Aufbau einer Werkstatt, eines Ladens, einer Schule, eines Krankenhauses oder eines landwirtschaftlichen Betriebes – oder was eben in dieser Region besonders nötig ist und was sie gelernt haben. Die Entwicklungspolitik könnte mit Rat und Tat helfend eingreifen und die Europäische Union könnte mit sinnvoller Finanzpolitik solcherlei Aufbauversuche unterstützen. Sie müsste insbesondere dafür sorgen, dass nicht etablierte Betriebe aus den Industrieländern die Handels-Chancen solcher Versuche untergraben.

Was wäre gewonnen? Erstens: Das grenzenlose Flüchtlingseiland würde viel an Druck verlieren, statt Flüchtlingen würden Azubis Europa aufsuchen. Zweitens: Die Wirtschaft in Afrika (und anderen Gegenden) erhielte kräftige Aufbau-Impulse und kompetente Hilfe. Drittens: Zwischen den europäischen Industrien und den Entwicklungsländern würde ein Netz von Handel und Wandel entstehen; statt sich gegeneinander abzuschotten, würden weiterführende Beziehungen möglich.

Für eine Antwort bin ich dankbar!

Hans Harald Willberg

*Christoph Bongard setzt sich seit Jahren für einen fairen, gerechten, menschenfreundlichen Umgang mit Flüchtlingen ein. Aber jetzt erreichte uns der folgende Aufschrei:*

## **Das ist nicht mein Europa**

„Das ist nicht mein Europa! Mit dem Brand des Lagers Moria auf der Insel Lesbos hat sich die schon zuvor unerträgliche Situation für die Geflüchteten dramatisch verschärft. Wir werden Zeug\*innen einer politisch gewollten Katastrophe auf Lesbos.

Moria ist die grässliche Spitze des Eisbergs einer europäischen Abschottungspolitik, die weit jenseits der Grenzen Menschenrechte mit Füßen tritt und den Frieden gefährdet. Schon jetzt erhalten vor allem jene Staaten europäische Hilfsgelder, die im Gegenzug zusagen, Menschen an Flucht und Migration nach Europa zu hin-

dern. Ab dem nächsten Jahr sollen sie auch noch Waffen aus Europa erhalten, um Migrationswege zu kontrollieren und den Terrorismus zu bekämpfen.

Wir vom forumZFD“, schrieb Christoph Bongard, „nehmen den kommenden EU-Gipfel unter deutschem Vorsitz... zum Anlass, einen eindringlichen öffentlichen Appell an die aktuelle EU-Ratsvorsitzende Angela Merkel und ihre europäischen Kolleg\*innen zu richten: Wir wollen keine Festung Europa!“ Leider ist auch dieser Appell ohne echte Wirkung geblieben!

HHW

### **Appell der Bischöfe**

In einer gemeinsamen Erklärung zum Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria haben die Leitenden Geistlichen der deutschen Landeskirchen und der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm betont, sie seien „über das Leid“ der Menschen „erschüttert“ und darüber, dass es der EU „trotz vielfacher Warnungen nicht gelungen“ sei, „die Eskalation in dem Lager zu verhindern“. Die Erklärung richtet sich an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und an Bundesinnenminister Horst Seehofer. Die Autoren fordern, „sofort und dauerhaft zu helfen“ und die Flüchtlinge in der EU zu verteilen. (zeitzeichen10/2020)

## **Menschenrechtstribunal in Berlin**

### **Migrations- und Asylpolitik der Bundesregierung und der EU verstößt gegen Recht auf Gesundheit**

Die gegenwärtige Migrations- und Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland und der EU verletzt das Recht auf Gesundheit und physische und psychische Integrität von Migrant\*innen und Geflüchteten schwerwiegend. Das ist das Ergebnis des Menschenrechtstribunals, das ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen ... in Berlin veranstaltet hat.

„Die Berichte von Geflüchteten und ihren Unterstützer\*innen zeichnen ein erschreckendes Bild der deutschen und europäischen Migrationspolitik“ resümiert die Jurorin Sarah Lincoln. „Viele Geflüchtete sind krank und brauchen besonderen Schutz. Stattdessen werden sie wie Menschen zweiter Klasse behandelt, ohne Pri-

vatsphäre, ohne Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, ohne Verfahrensrechte“

Anhand von sechs Anklagepunkten beleuchtete das Tribunal die menschenrechtliche Lage von Asylsuchenden, Illegalisierten, sowie Arbeitnehmer\*innen aus EU- und Nicht-EU-Ländern. Neben der Diskriminierung durch Angehörige der Gesundheitsberufe und Sprachbarrieren, existierten auch gesetzliche Bestimmungen, die den Zugang behindern. Zeug\*innen aus den Geflüchteten-Lagern auf Lesbos schilderten eindrücklich die katastrophale Situation vor Ort. Laut der Ärztin Dr. Jessica Horst stellen die ungesunden Lebensbedingungen, der eingeschränkte Zugang zu

medizinischer Versorgung und die nicht standardisierte medizinische Versorgung eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit seiner Bewohner dar.

Kritisiert wurde zudem, dass Abschiebungen schwerwiegende Folgen für die Gesundheit haben können. Eine Abschiebung in ein Herkunfts- oder Transitland sei grundsätzlich ein staatlich verordneter, vollzogener und legitimierter Gewaltakt. Im Rahmen der weiteren Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts würden die Bedürfnisse und Rechte besonders schutzbedürftiger Personen im Asylverfahren eklatant missachtet. Sie zielten darauf, die Abschiebung schwerkranker und traumatisierter Menschen zu erleichtern.

Die Covid-19-Pandemie habe die Rechtsverletzungen der Europäischen Union gegen Migranten und Asylsuchende noch verstärkt – so die Veranstalter. Die deutsche Polizei und Bundeswehr seien an Praktiken beteiligt, die gegen internationales Recht, die Genfer Konvention und geltendes EU-Recht verstoßen. Fast täglich fänden sogenannte „Push-backs“ vor der Küste von Lesbos statt wie zum Beispiel am 15. August 2020. Ein Beiboot mit schätzungsweise 32 Migranten an Bord

wurde von verschiedenen Schiffen, darunter auch das deutsche Marineschiff A1411, acht Stunden lang auf See hin und her geschoben. Am Nachmittag wurde das Boot von der türkischen Küstenwache in die Türkei zurückgebracht. „Statt Mauern und Grenzen zu errichten, sollten wir ernst gemeinte Solidarität und Respekt an den Menschenrechten zeigen“, fordert Muhammad al-Kashef, Menschenrechtsanwalt und Mitglied bei Watch The Med - Alarm Phone.

Das Tribunal steht in der Tradition einer Reihe von Anklagen vor dem Permanent People Tribunal (PPT) gegen Menschenrechtsverletzungen durch die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten und Institutionen der EU. Sie basieren auf einem Rahmen-dokument, das bei der Eröffnungsanhörung des PPT zum Thema "Menschenrechte von Migranten- und Flüchtlingsvölkern" im Juli 2017 in Barcelona erarbeitet wurde.

An der Veranstaltung, welche... von mehreren hundert Menschen europaweit verfolgt wurde, waren folgende Organisationen beteiligt: (Es folgen die Namen dieser Organisationen).

Soweit die Pressemitteilung.

## **Wir schicken noch ein Schiff! - Wir lassen nicht locker!**

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Interessierte,

am Wochenende hat unser Bündnis United4Rescue bekanntgegeben, dass sie nach der Sea-Watch 4 ein weiteres Rettungsschiff in das Mittelmeer schicken werden. Das neue Schiff, die SEA-EYE 4, wird zurzeit umgebaut und soll bald in See stechen. Das Bündnis United4Rescue und der Kauf des ersten Schiffes wurde initiiert durch eine erfolgreiche Resolution beim Deutschen Evangelischen Kirchentag 2019, die mittlerweile von über 40.000 Menschen unterschrieben wurde. Dank tausender Spender\*innen wie Ihnen und Euch und der großen Unterstützung konnte die Sea-Watch 4 dieses Jahr in See stechen und bereits hunderte Menschenleben retten. Auch die SEA-EYE 4 wird nur durch viele Spender\*innen möglich werden.

Doch trotz des Einsatzes der Sea-Watch 4 und der anderen zivilen Seenotretter\*in-

nen sterben weiterhin unerträglich viele Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer. Und die Staaten Europas? Schauen zu, machen die Grenzen dicht und ignorieren die Pflicht zur Seenotrettung. Die Zustände in den Lagern wie auf der griechischen Insel Lesbos sind unmenschlich.

Schlimmer noch: Die zivile Seenotrettung wird daran gehindert, Menschenleben zu retten. Fünf Rettungsschiffe werden aktuell unter fadenscheinigen Begründungen festgehalten. Und das, obwohl Seenotrettung eine staatliche Aufgabe wäre und alle europäischen Mitgliedsstaaten sich vertraglich zur Wahrung der Menschenrechte verpflichtet haben. Auch unser Bündnisschiff Sea-Watch 4 liegt derzeit fest.

Hier erhöht sich nun auch der Druck auf die italienische Regierung, nachdem sich unser Ratspräsident der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-

Strohm, direkt in einer Videokonferenz mit der italienischen Transportministerin und dem Chef der Küstenwache für die Freilassung der Schiffe eingesetzt hat.

Hier zeigt sich auch die Stärke von United4Rescue und der Idee eines Bündnis-schiffes: Durch das politische Gewicht der EKD und ihres Ratsvorsitzenden öffnen sich Türen und Möglichkeiten, die sonst verschlossen geblieben wären. Auch deswegen ist die Nachricht, dass ein zweites Schiff geschickt wird, umso wichtiger. Denn das erhöht den politischen Druck auf die italienische Regierung und hilft auch den anderen festgesetzten Schiffen! Das Signal ist klar: Wir lassen nicht locker. Wir nehmen das nicht hin.

Um noch mehr Druck aufzubauen, hat United4Rescue einen öffentlichen Appell an die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gestartet, das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden und sich für staatliche Seenotrettung einzusetzen.

Gleichzeitig hat United4Rescue die Kampagne "Drowned Requiem" gestartet, um mit einer künstlerischen Aktion die Menschen zu erreichen. In einer eindrucksvollen Performance hat die dänische Künstlergruppe 'Between Music' die eigentlich jubilierende Europahymne "Ode an die Freude" in eine Totenmesse (requiem) umgewandelt und spielt diese auf dem Grund des Mittelmeers, um an die vielen Ertrunkenen (drowned) und die Verantwortung der Europäischen Union zu erinnern. Zurecht, denn seit nun über drei Jahren weigern sich die Mitgliedsländer der EU, eine gemeinsame und menschenrechtlich basierte Migrations- und Flüchtlingspolitik auf den Weg zu bringen. Das Europaparlament hat längst weitreichende Gesetzesvorschläge beschlossen. - Vielen Dank für Ihre und Eure Unterstützung.

Mit entschlossenen Grüßen Ihr und Euer

Sven Giegold

## **G20 müssen bei Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens ernst machen!**

Virus, Wirtschaftskrise und leere Staatskassen: In hochverschuldeten Ländern droht wegen Corona eine Katastrophe, weil Ausgaben für Bildung und Gesundheit gekürzt werden und Millionen Menschen in die Armut abrutschen könnten. Um das zu verhindern, müssen G20 und internationale Finanzinstitutionen jetzt Schulden streichen – und damit Leben retten.

Hunderttausende Menschen haben eine Petition für einen Schuldenerlass unterschrieben, die von Oxfam, erlassjahr.de und ONE im Bundesfinanzministerium abgegeben wurde. Ziel und Forderung, dass im Rahmen der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank - kombiniert mit einem Treffen der G20-Finanzminister\*innen -, Olaf Scholz und seinen Kolleg\*innen aus den G20-Staaten und die internationalen Finanzinstitutionen ihrer weltweiten Verantwortung gerecht werden und als wesentliche Gläubigerstaaten die hochverschuldeten Länder im Globalen Süden von ihrer Schuldenlast befreien.

Andernfalls drohen in den Schuldner-Ländern infolge des Corona-Virus und

dem dadurch bedingten ökonomischen Sturzflug fatale Folgen: Leere Staatskassen und Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung. Und das heißt: mehr Kinder, die nicht zur Schule gehen können, mehr Menschen, die keine medizinische Versorgung erhalten und Millionen, die in die Armut abrutschen. Schätzungen gehen davon aus, dass bis zu 500 Millionen Menschen weltweit aufgrund der Corona-Folgen in die Armut gedrängt werden könnten. Die Weltbank warnt, dass im Globalen Süden im kommenden Jahr weltweit bis zu 150 Milliarden US-Dollar weniger für Bildung ausgegeben werden könnten als ursprünglich geplant.

Damit das nicht passiert, müssen die G20 jetzt da weitermachen, wo sie im Frühjahr aufgehört haben. Da haben sie schnell reagiert und 73 Ländern in einem Schuldemoratorium angeboten, den Schuldendienst bis Jahresende auszusetzen. Auch der IWF zog mit und erließ 25 Ländern mit besonders niedrigen Einkommen ihren Schuldendienst für dieses Jahr. Aber die Krise ist an Neujahr nicht vorbei, sie wird auch in den kommenden Jahren verhee-

rende Auswirkungen haben. Mit Sambia hat nun das erste Land angekündigt, dass es aufgrund der Corona-Folgen seine Schulden nicht mehr bezahlen kann – dass weitere folgen werden, ist absehbar. Die G20-Finanzminister\*innen müssen nun die notwendigen Schritte einleiten, um den Ländern zu helfen. Klare Aussagen fehlen bislang, auch von deutscher Seite: Finanzminister Scholz hat sich bislang kaum geäußert, wie es weiter gehen soll. Auch von Entwicklungsminister Müller, im Frühjahr noch Vorreiter beim Werben für einen Schuldenerlass, war in letzter Zeit erstaunlich wenig zu hören.

Um Druck auf Olaf Scholz und andere Finanzminister\*innen zu machen, haben über 800.000 Menschen Petitionen unterschrieben und einen umfassenden Schuldenerlass gefordert.

Die Bundesregierung muss jetzt drei Forderungen voranbringen:

Erstens sollte sie sich jetzt dafür einsetzen, dass die Schuldeninitiative auf alle Länder, die Schuldenerlass benötigen, ausgeweitet wird. Bislang fallen hochverschuldete Länder wie Sri Lanka und Libanon durch das Raster, obwohl sie Unterstützung benötigen.

Zweitens muss die im Frühjahr verabschiedete Schuldeninitiative verlängert werden und zu einer echten Schuldenstreichung führen. Die Zahlungen wie

bislang zu stunden, reicht nicht aus. Derzeit zeichnet sich hier unter den G20, wie man hört, eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, sprich eine weitere Stundung, ab. Das ist zu wenig! Die G20 müssen sich darauf verständigen, die Schuldentrückzahlungen bis einschließlich 2022 komplett zu streichen. Und Deutschland sollte hier vorangehen.

Drittens müssen alle Gläubiger mitmachen. Weltbank und private Gläubiger wie Banken und Fondsgesellschaften pochen noch immer auf die Rückzahlung der Schulden, obwohl paradoxerweise gerade erst Weltbank-Chef Malpass Schuldenschnitte für hochverschuldete Länder gefordert hat. Deutschland muss seinen Einfluss in der Weltbank geltend machen und darauf hinwirken, dass sich eine Bank, deren Auftrag es ist, Länder im Globalen Süden zu unterstützen und die genau das Gegenteil tut, nicht weiter ihrer Verantwortung entziehen kann. Und während die G20-Länder auf Schuldentrückzahlungen in diesem Jahr verzichten, kassiert der Privatsektor munter weiter. Auch dies ist ein Unding, dem die Bundesregierung – gemeinsam mit anderen im Pariser Club der Gläubigerstaaten – im Rahmen des IWF und der Vereinten Nationen durch die Einführung von Gleichbehandlungsgrundsätzen einen Riegel verschieben muss.

Quelle: Oxfam online (Marlies Olberz)

## **Urteil gegen Veranstaltungs-Verbote:**

*Immer wieder ist es in den vergangenen Jahren vorgekommen, dass Israel-kritische Veranstaltungen verboten oder Räumlichkeiten für derlei Veranstaltungen gekündigt wurden. Deshalb ist die Nachricht von Martin Breidert wichtig:*

Liebe Israel/Palästina-Interessierte,

falls es jemand noch nicht mitbekommen hat, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat ein eindeutiges Urteil gegen die Stadt München gesprochen, der Beschluss des Münchner Stadtrates von 2017 ist rechtswidrig.

Entsprechend der Bayerischen Gemeindeordnung muss eine Kommune Räume zur Verfügung stellen, auch wenn die Veranstalter die israelische Politik kritisieren und zu BDS aufrufen. Die Gemeindeordnungen der Bundesländer haben alle vergleichbare Bestimmungen. Wenn Kommunen Räumlichkeiten verweigern, sollte unverzüglich Widerspruch eingelegt werden. Wird der Widerspruch zurückgewiesen, sollte sofort eine Einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht beantragt werden. Lasst uns nicht jammern, sondern klagen! Es ist davon auszugehen, dass die Israel-Lobby die Stadt München drängt, in die Revision zu gehen. Das wäre sehr zu begrüßen, denn es ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass das Bundesverwaltungsgericht nicht anders als das bayerische Gericht

entscheiden wird. Notfalls ist bis zum Bundesverfassungsgericht oder bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen. Dieser hatte am 11.6.2020 in einem vergleichbaren Fall in einem Urteil gegen den französischen Staat entschieden.

Mit besten Grüßen

Martin Breidert

### **Breite Unterstützung der OECD-Beschwerde gegen HeidelbergCement**

Vertreter\*innen von Gemeinden aus Zentraljava in Indonesien haben – gemeinsam mit FIAN Deutschland, Inclusive Development International und der Heinrich-Böll-Stiftung und unterstützt von MISEREOR, Rettet den Regenwald u.a. Organisationen – bei der Bundesregierung Beschwerde gegen HeidelbergCement, einen der weltweit größten Zementhersteller, eingereicht. In der Beschwerde an die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze weisen sie auf die Bedrohung der Existenzgrundlage der –zum Teil indigenen– Bevölkerung durch die geplante Kalksteinmine und das Zementwerk in den Kendeng-Bergen hin. HeidelbergCement und die beteiligten Tochterunternehmen haben weder eine zufriedenstellende Prüfung in Bezug auf Menschenrechte und Umwelt (lokale Wasserressourcen/Ökosystem) noch eine sinnvolle Konsultation der lokalen Gemeinden durchgeführt. Dies sind klare Verstöße gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

(Quelle: FIAN Pressemeldung)

## **Doppelter Schaden für das Gemeinwohl**

### **Neue Studie zur Steuervermeidung von Immobilieninvestoren**

Viele Menschen in Deutschland leiden unter explodierenden Mieten und müssen fürs Wohnen einen immer größeren Teil ihres Einkommens aufwenden. Unsere neue Studie zeigt an mehreren Fallbeispielen: Die Mieten werden zum Teil von Immobilieninvestoren getrieben, die ihre Gewinne ins Ausland verschieben und so in Deutschland keine Steuern bezahlen. Den Kommunen entgeht die Gewerbesteuer sowie dem Bund und Ländern die Körperschaftsteuer.

Unternehmen mit Sitz in Luxemburg kaufen Immobilien in Toplagen in Deutschland. Ihre Gewinne verschieben sie über unternehmensinterne Kredite innerhalb der Firmengruppe nach Luxemburg und zahlen so am Ort der Immobilie praktisch keine Steuern. In Luxemburg fallen marginale Steuern von um die 0,1% an. Von dort werden die Gewinne größtenteils weiter in Steueroasen in Übersee verschoben, wo kaum irgendwelche Steuern fällig sind. Aufgrund der Anonymität der Steueroasen drücken sich die wirtschaftlich Be-



rechtigten hinter den großen Immobilienfirmen zum Teil auch vor jeglichen Steuerpflichten in Deutschland. Zu diesen Erkenntnissen kommt eine von mir in Auftrag gegebene Studie des Steuerexperten Christoph Trautvetter. Die Studie hat die Unternehmensstruktur und Steuerpraxis von Immobilienunternehmen wie Blackstone oder den Pears brothers untersucht. Solche Immobilieninvestoren schaden dem Gemeinwohl doppelt: Sie belasten Normalbürger\*innen durch hohe Mieten und umgehen durch Steuervermeidung ihren Beitrag an die öffentliche Hand, von der sie vor Ort profitieren. Normalverdiener\*innen in Deutschland müssen einen erheblichen Anteil ihres Einkommens als Steuern bezahlen, während wohlhabende Investoren ihre Gewinne praktisch unbesteuert ins Ausland verschieben. Das ist ein perverses Geschäftsmodell. Diese Investoren zielen mit der Abrissbirne auf das Gemeinwohl.

Deutschland muss endlich Gesetze erlassen, die solchen Steuersparmodellen den Riegel vorschieben. Die GroKo hat es in der Hand, diesem Gemeinwohlschaden ein Ende zu setzen. Ein gutes Vorbild ist Dänemark, wo Zinsflüsse an Mutterkonzerne außerhalb der Landesgrenzen besteuert werden. Frankreich hat Grenzen

für die Zinssätze von Krediten innerhalb einer Unternehmensgruppe gesetzt, die den großflächigen Abfluss von Gewinnen verhindern. Es gibt bereits einige Gesetze in Deutschland mit dem selben Ziel, doch die Studie zeigt, dass sie nicht richtig funktionieren und dringend scharf gestellt werden müssen.

Innereuropäische Steueroasen wie Luxemburg, die Niederlande oder Irland sollten endlich aufhören, ihren europäischen Nachbarn durch legale Steuersparmodelle das Wasser abzugraben. Es ist scheinheilig, einerseits Sparsamkeit und Haushaltsdisziplin zu predigen, andererseits aber für fehlende Einnahmen der Nachbarn direkt verantwortlich zu sein. Wir Grünen werden diese Steuermodelle im neuen Steuer-Ausschuss des Europaparlaments zum Thema machen.

Neben nationalen Akutmaßnahmen brauchen wir bessere Regeln auf europäischer und internationaler Ebene, um die gemeinwohlschädliche Verschiebung von Gewinnen zur Steuervermeidung ganz zu beenden. Eine effektive Mindestbesteuerung für alle Unternehmensgewinne könnte das leisten, wenn sie hoch genug angesetzt wird und auch für Immobilieninvestoren gilt.

Mit grünen europäischen Grüßen,  
Sven Giegold

**„Abstinenz vom Internet ist der erste Schritt in Richtung Wahrheit“**  
(Professor Markus Gabriel, 3Sat – Kulturzeit, 30.11.2020)

## **Bischöfe fordern Lieferkettengesetz**

Die UN, die Europäische Union und die Staaten sollten, so fordern 230 Bischöfe aus 43 Ländern in einer gemeinsamen Erklärung, ein international geltendes Lieferkettengesetz erlassen, das in allen Branchen menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten auferlegt. Außerdem sollte Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen der Zugang zu Gerichten erleichtert werden.

Auf freiwilliger Basis gelinge es nicht, Menschen und den Planeten vor Menschenrechtsverletzungen und vor Umweltzerstörung zu schützen. Deshalb sei eine gesetzlich festgeschriebene Verpflichtung nötig. Mit dieser Forderung greifen die Bischöfe auf, was Papst Franziskus kürzlich gesagt hat: „Es ist notwendig, die nationale und internationale Gesetzgebung zu stärken, so dass sie die Aktivitäten der Konzerne, die den Abbau von Bodenschätzen betreiben, reguliert und es den Geschädigten ermöglicht, den Rechtsweg zuverlässig zu beschreiten.“

Auch in der Bundesregierung wird zur Zeit über ein Lieferkettengesetz verhandelt, das die Wahrung der Menschenrechte in der weltweiten Produktion von Waren und die ökologischen

Herausforderungen berücksichtigt. Entwicklungsminister Gerd Müller und Arbeitsminister Hubertus Heil wollen in der Herstellung und im Handel unter anderem von Kleidern, Schokolade oder Elektrogeräten eine Garantie für die Einhaltung der Menschenrechte schaffen.  
dpa

*Leider müssen wir den folgenden Artikel gleich dem vorherigen folgen lassen:*

## **Blockade des Lieferkettengesetzes**

„Laut einer Studie der Universität Maastricht ist der Exportweltmeister der weltweit fünftgrößte Verbraucher von mineralischen Rohstoffen und steht auch auf Platz fünf der Länder, deren Firmen besonders häufig in Menschenrechtsverletzungen ihrer Zulieferer verwickelt sind.“

„Nicht zuletzt deshalb fordern NGOs wie Brot für die Welt, der BUND, Germanwatch oder Greenpeace seit Langem ein Gesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, die entlang ihrer gesamten Lieferkette verursachten ökologischen und sozialen Risiken zu erfassen und zu vermeiden. Gegen so ein Lieferkettengesetz, das den Begriff der Verantwortung verbindlich definiert und laut einer Umfrage von 75 Prozent der Deutschen unterstützt wird, wehren sich weite Teile der Industrie mit Händen und Füßen. Mit so einem Gesetz „stehe ich ja schon mit beiden Beinen im Knast“, polemisierte der Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer.

Damit werde „die Axt an das bisherige Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft gelegt“, klagte Lars Feld, der Vorsitzende der Wirtschaftsweisen.“

Ebenso blockiert der Wirtschaftsflügel der Union das Gesetz. Wirtschaftsminister Peter Altmaier fordert, „den Unternehmen in der Coronakrise keine weiteren Belastungen zuzumuten. Vier Mal ist der Entwurf zum Lieferkettengesetz bereits von der Tagesordnung des Bundeskabinetts gerutscht.“

Also, das Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft funktioniert nur so gut mit Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen.

„Ein Lieferkettengesetz mag nur ein erster Schritt sein, diese Strukturen zu ändern. Aber es würde dem scheinbar alternativlosen „Weiter so“ etwas entgegensetzen. Es könnte ein gewaltiger Hebel für Demokratisierung der Wirtschaft, die Emanzipation in den Ländern des Südens und für globale Gerechtigkeit werden.“

Greenpeace Magazin 1.2021: Kathrin Hartmann S.53 - Auszüge  
Sepp Stahl

„Ein handelsübliches Smartphone zum Beispiel enthält sechzig verschiedene Rohstoffe aus bis zu hundert Minen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Dort arbeiten Männer, Frauen und Kinder teilweise unter lebensgefährlichen Bedingungen.“  
(Greenpeace Magazin 1.2021: Kathrin Hartmann, S. 50)

### **Friedenspreis**

Der Münchner Erzbischof und frühere Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz Reinhard Marx und der evangelische Landesbischof und Ratsvorsitzende der EKD sind mit dem Augsburger Friedenspreis ausgezeichnet worden. Mit dieser Auszeichnung wurde ihr Ökumene-Engagement gewürdigt.

### **Keine Weihnachtskrippe**

Erstmals seit 30 Jahren wurde 2020 im Ulmer Münster die bekannte Weihnachtskrippe, die der Bildhauer Martin Scheible (1873 – 1954) geschaffen hatte, nicht aufgestellt. Der Grund: Das Aussehen des schwarzhäutigen Königs Melchior hatte Anstoß erregt. Mit seinem „dümmlichen Gesichtsausdruck“, seiner dicken Gestalt, wulstigen Lippen und Goldreifen an den nackten Fußknöcheln hatte die Figur Anstoß erregt. Dekan Ernst-Wilhelm Gohl erklärte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: Es gehe „nicht um den schwarzen König“, sondern um „die Art und Weise der Darstellung.“ Wie mit der Figur weiter umgegangen wird, das soll in aller Ruhe öffentlich diskutiert werden. (zeitzeichen 11/2020)

### Gudrun Schneeweiß zieht sich zurück

Gudrun Schneeweiß ist mit dem ökumenischen Netz seit seiner Gründung 1985 verbunden. Sie hat alle Hochs und Tiefs mit durchlebt.

Manchmal haben wir Gudrun beim Schwimmen im Ammersee getroffen. Sie ist eine ausgezeichnete Schwimmerin, ausdauernd, schnell und zielbewusst. So kenne ich sie., Auch bei uns im ÖNB.

Über 33 Jahre knüpft sie stetig an unserem Netz. Sie bringt Menschen miteinander in Kontakt, setzt sich ein für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Manche



Dinge gingen und gehen zäh voran. Petitionen, Briefe, die Veränderung von Gedanken in den Köpfen von Menschen... sie verliert das Ziel nicht aus den Augen. Bei allen ihren Aktivitäten ist letztendlich eine tiefe religiöse Verbundenheit zu spüren. Lösungen gibt es für sie sowieso nur auf dem ökumenischen Weg.

Gudrun ist immer da, machte alles. Sprecherin, Netzinfo, ACK-Vertreterin, Organisation von Studientagen, Sitzungen und Versammlungen, Einführung und Betreuung von Mitgliedern, Präsentation und Präsenz bei Veranstaltungen des Netzes. All das seit mehr als 35 Jahren. Hierzu brachte sie mit: Kuchen, Stoffe, Klangschale, Kerzen, Bänder, Poster und Herz.

Oft stellte sie die Frage „wer macht's?“ und das war für sie die Macht-Frage. Es blieb oft an ihr allein hängen. Immer da, mit gutem Rat und mit wohlwollender Kritik.

Du, liebe Gudrun, hast jetzt beschlossen nicht mehr im StAu und nicht mehr als ACK-Vertreterin zu agieren. Du hast es dir redlich verdient, auch mal an dich zu denken, nicht nur an Andere.

Danke für alles, was du bisher für das Netz getan hast.  
Mit allen guten Wünschen  
Michael

Wen kann ich in den Bundestag wählen?

Demnächst sind Bundestagswahlen. Erneut fragen wir uns: Nach welchen Kriterien setze ich meine Kreuzchen? „Da fand ich in meinen Unterlagen die Hilfestellung einer "christlichen Wählerinitiative" aus Amberg/Opf. von 1972. Mir fällt auf: Wie aktuell und hilfreich sind diese Anregungen auch nach bald 50 Jahren?“, schreibt der Autor Hans-Jörg Schmid:

## "Einige politische Konsequenzen christlichen Glaubens".

Worauf wir besonderen Wert legen:

### Gesellschaftspolitik

Wir wollen nicht m e h r Ordnung bei uns, sondern eine g e r e c h t e r e Ordnung. Wir werden Politiker daran prüfen, ob sie unsere demokratische Grundordnung ausbauen wollen, selbst wenn dies für manchen unter uns den Verzicht auf Vorrechte bedeutet, oder ob sie nur die Herstellung öffentlicher Ruhe fordern, damit diejenigen, die bei uns Vorrechte genießen, sie weiter ausbauen können.

Beispiele: Welche Politiker wollen Gesetze und Ordnungen schaffen, damit das Gemeinwohl nicht an kurzfristigen, egoistischen Interessen einzelner Grund- und Bodenbesitzer Schaden leidet?

Welche Politiker setzen sich für wohnlichere und umweltfreundlichere Städte ein?

Welche Politiker setzen sich für eine weitergehende Chancengleichheit von Mann und Frau, von Kindern und Autos, von Ausländern und Deutschen ein?

Welche Politiker machen eine Familienpolitik, die einen umfassenden Schutz des Lebens sichern hilft?

### Bildungspolitik

Wir gehen davon aus, dass zum Leben mehr gehört, als das uneingeschränkte Wachstum von Konsum, Produktion und privatem Wohlstand. Wir wollen uns nicht auf Kosten unserer Enkel bereichern. Deshalb sind wir bereit, Politiker zu unterstützen, die kompromisslos für eine Umverteilung der öffentlichen Haushaltsgelder eintreten mit dem Ziel, für Bildung die notwendigen Mittel tatsächlich bereitzustellen. Damit die Chancengleichheit unserer gesamten Jugend nicht nur ein Grundrecht bleibt.

### Friedenspolitik

Wir wollen von "Frieden auf Erden" nicht nur zu Weihnachten hören. wir wollen ihn verwirklichen. Deshalb unterstützen wir Politiker, die praktische Schritte zum Frieden unternehmen. Wir sind bereit, Politiker zu unterstützen, die für den Abbau unmenschlicher Absolutheitsansprüche westlicher oder östlicher Ideologien und Gesellschaftssysteme eintreten.

### Entwicklungspolitik

Wir gehen davon aus, dass für alle Menschen der Welt die gesellschaftlichen Verhältnisse zu schaffen sind, damit sie nicht entweder auf Kosten anderer oder in unmenschlicher Abhängigkeit von anderen leben müssen. Da unser Wohlstand zu einem nicht geringen Teil von den Menschen in den sog. Entwicklungsländern bezahlt wird, unterstützen wir Politiker, die die von uns Industrienationen geschaffenen Handelshindernisse für Entwicklungsländer (z.B. Importabgaben, Beschränkungen möglicher Lieferungen) abbauen, damit die sog. Dritte Welt konkurrenzfähig wird.

Wir sind bereit, Politiker wiederzuwählen, die Auseinandersetzungen mit den Interessenverbänden unserer Wirtschaft nicht scheuen. Wir sind bereit, Politiker zu unterstützen, welche die erforderlichen wirtschaftlichen Strukturanpassungen in der Bundesrepublik (nicht nur in der Landwirtschaft) in die Tat umsetzen wollen.

Das Ziel sollte eine Weltarbeitsteilung ohne Benachteiligung irgendeines Landes sein, zum Wohle aller Menschen, einschließlich unserer Enkel.

Im Auftrag einer christlichen Wählerinitiative

Hans-Jörg Schmid – damals Vikar in Amberg

„Wird's besser? Wird's schlimmer?  
Fragt man alljährlich.  
Seien wir ehrlich:  
Leben ist immer gefährlich!“  
Erich Kästner

*Den folgenden Appell hat der Ständige Ausschuss beraten und mit der Bitte verabschiedet, dass der Vorsitzende ihn unterschreibt:*

### **Appell an die SPD: Nein zu bewaffneten Drohnen: Dambruch verhindern!**

Wir bitten Sie als Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Bewaffnung von Drohnen nicht zuzustimmen.

Andernfalls würde dies einem Dambruch gleichkommen. Die Beschaffung der nächsten Kampfdrohne für die Bundeswehr, die in Entwicklung befindliche „Eurodrohne“, ist dann noch schwerer zu verhindern. Weitere Pläne, die „Eurodrohne“ dann wiederum zum Bestandteil des gigantischen Kampfflugzeug-Systems der nächsten Generation FCAS mit Künstlicher Intelligenz und bewaffneten Drohnenschwärmen machen zu wollen, steht dann noch weniger entgegen - der Automatisierung von Waffeneinsätzen würde der Weg geebnet. Ihre Entscheidung stellt Weichen für die Zukunft, deren Folgen nicht absehbar sind. **Wir appellieren an Sie: Stimmen Sie gegen das Vorhaben des Verteidigungsministeriums, Drohnen zu bewaffnen.“**

Michael Müller (Bundesvorsitzender NaturFreunde Deutschlands), Lühr Henken (Bundesausschuss Friedensratschlag), Jutta Kausch-Henken (Friedenskoordination Berlin), Reiner Braun (Arbeitsausschuss Abrüsten statt Aufrüsten), Prof. Dr. Peter Brandt (Entspannungspolitik Jetzt! - INEP), Uwe Hiksich (Bundesvorstand NaturFreunde Deutschlands), Christine Hoffmann (pax christi-Generalsekretärin), Kristine Karch (No to War - no to NATO), Laura von Wimmersperg (Friedenskoordination Berlin), Michael Kappus (Ökumenisches Netz Bayern)

**NaturFreunde Deutschlands**, Uwe Hiksich, Warschauer Str. 58a/59a, 10243 Berlin  
Telefon (030) 29 77 32 -60, Handy: 0176-62015902

## **Buchempfehlungen**

### **„Eine Träne in die Ewigkeit“**

Samuel Marder: Eine Träne in die Ewigkeit. Erzählungen, Erinnerungen und Gedichte.  
Verlag Hentrich u. Hentrich, 318 Seiten, 24,90 Euro

„Samuel Marder gehört zu den wenigen Schoah-Überlebenden, die auch noch 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in der Lage sind, der Nachwelt Zeugnis vom Völkermord sowie von den mit ihm untergegangenen Kulturlandschaften Ostmitteleuropas abzugeben,“ schreibt Tilman Asmus Fischer in einer Rezension in den Zeitzeichen (7/2020). Das Buch des seit 1949 in den USA lebenden Violinisten ist zuerst in englischer Sprache erschienen und liegt jetzt deutsch vor. Es enthält die autobiografischen Texte von der Kindheit in den 1930er Jahren bis zum späteren Leben Marders in den USA.

Das Buch erinnert nicht nur an die grauenhaften Erfahrungen von Gewalt und Verbrechen durch die Nationalsozialisten, sondern setzt dem Judentum Ostmitteleuropas mit seiner ganz eigenen Kultur, Religiosität und der tiefen mystischen Spiritualität ein ganz eigenes Denkmal. Dem sehr eindrucksvollen Buch angefügt ist eine Sammlung von lyrischen Texten des Autors, die beschlossen werden von „Gedichten aus dem Holocaust“. Professor Rabbi Alan J. Yuter gibt den Rat: „Um den Autor kennenzulernen, empfehle ich dem Leser, zunächst die Gedichte am Ende des Buches zu lesen. Sie enthalten eine Botschaft, die in ihrer Einfachheit zu einer so heiligen Dimension emporsteigt, dass sie nicht durch jene Sprachform gefasst werden kann, die konventionell Prosa genannt“ wird.

HHW

### „unSICHTBAR – Wir zeigen Gesicht“

Liebe Unterstützer\*innen,  
ich bin so aufgeregt und freue mich ganz arg, dass ich endlich diese tolle Neuigkeit mit euch teilen darf: **Ich habe gemeinsam mit zehn anderen mutigen, wundervollen Frauen ein Buch geschrieben und heute wird unser Buch „unSICHTBAR – Wir zeigen Gesicht“ veröffentlicht!**

Am 25. November war der **Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen**. Es ist also kein Zufall, dass unser Buch an diesem Tag veröffentlicht wurde. Wir möchten mit unserem Buch darauf aufmerksam machen, dass sexualisierte und/oder häusliche Gewalt so viele von uns betrifft. **Jede von uns elf Frauen teilt ihre persönliche Geschichte mit euch**. Die Geschichten sind genauso unterschiedlich und einzigartig wie wir Frauen selbst. Doch wir wollen nicht nur aufzeigen, dass wir ganz normale Frauen sind – Frauen, die auch in eurer Nachbarschaft wohnen und Teil eures Freundeskreises oder eurer Familie sind, wir wollen vor allem auch anderen Betroffenen und Opfern von sexualisierter Gewalt Mut machen und ihnen sagen: **„Du bist nicht allein!“**

Ich würde mich wahnsinnig freuen, wenn ihr das Buch auch lest, und euer Feedback und positive Bewertungen sind natürlich sehr willkommen! Hier könnt ihr das Buch als [eBook](#) oder [Taschenbuch](#) kaufen.

**Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen endlich beseitigt wird!**

Ich danke euch von Herzen für eure Unterstützung!  
Alles Liebe von eurer stolzen (Co-)Autorin Nina

„Das Wesen des christlichen Glaubens ist Freude an Gott  
Und deshalb Sorge für eine menschlichere Welt“  
Eberhard Jüngel

## Das Ideal

Ja, das möchtest:

Eine Villa im Grünen mit großer Terrasse,  
vorn die Ostsee, hinten die Friedrichstraße;  
mit schöner Aussicht, ländlich-mondän,  
vom Badezimmer ist die Zugspitze zu sehn –  
aber abends zum Kino hast du nicht weit.

Das Ganze schlicht, voller Bescheidenheit:

Neun Zimmer, – nein, doch lieber zehn!  
Ein Dachgarten, wo die Eichen drauf stehn,  
Radio, Zentralheizung, Vakuum,  
eine Dienerschaft, gut gezogen und stumm,  
eine süße Frau voller Rasse und Verve –  
(und eine fürs Wochenende, zur Reserve) –,  
eine Bibliothek und drumherum  
Einsamkeit und Hummelgesumm.

Im Stall: Zwei Ponies, vier Vollbluthengste,  
acht Autos, Motorrad – alles lenkste  
natürlich selber – das wär ja gelacht!  
Und zwischendurch gehst du auf Hochwildjagd.

Ja, und das hab ich ganz vergessen:

Prima Küche – erstes Essen –  
alte Weine aus schönem Pokal –  
und egalweg bleibst du dünn wie ein Aal.  
Und Geld. Und an Schmuck eine richtige Portion.  
Und noch ne Million und noch ne Million.  
Und Reisen. Und fröhliche Lebensbuntheit.  
Und famose Kinder. Und ewige Gesundheit.

Ja, das möchtest!

manchmal scheints so, als sei es beschieden  
nur pöapö, das irdische Glück.

Immer fehlt dir irgendein Stück.

Hast du Geld, dann hast du nicht Käten;

hast du die Frau, dann fehl dir Moneten –

.

Hast du die Geisha, dann stört dich der Fächer.

Bald fehlt uns der Wein, bald fehlt uns der  
Becher.

Aber wie das so ist hienieden:

Etwas ist immer.

Tröste dich

Jedes Glück hat einen kleinen Stich.

Wir möchten so viel: Haben. Sein. Und gelten.

Daß einer alles hat:

das ist selten.

Kurt Tucholski